

FREIBERGER FORSCHUNGSHEFTE

D 30

KULTUR UND TECHNIK

PAUL MÜLLER, FRIEDMAR BRENDEL und HANS FRITSCH

**Die Verfolgung
fortschrittlicher russischer Studenten
in Freiberg
(1893-1905)**



UB FREIBERG

FFH

D 30

AKADEMIE-VERLAG BERLIN

1959

Freiberg



FREIBERGER FORSCHUNGSHEFTE

KULTUR UND TECHNIK

D 30

FREIBERGER FORSCHUNGSHEFTE

Herausgegeben vom Rektor der Bergakademie Freiberg

KULTUR UND TECHNIK

D 30

PAUL MULLER, FRIEDMAR BRENDEL und HANS FRITSCH

**Die Verfolgung
fortschrittlicher russischer Studenten
in Freiberg
(1893-1905)**



A k a d e m i e · V e r l a g · B e r l i n



XVI M42, D30 D
8°

FFFH D30

I N H A L T

Vorwort	5
Einleitung	9
Hauptteil	
Teil I	16
Teil II	27
Teil III	41
Zusammenfassung	45
Literatur	48

Das Manuskript wurde am 26. 6. 1959 der Redaktion der Bergakademie zur Veröffentlichung übergeben.

„Freiberger Forschungshefte“, Schriftenreihe für alle Gebiete der Montanwissenschaften. Herausgeber: Der Rektor der Bergakademie Freiberg, Prof. Dr.-Ing. habil. O. Oelsner. — Chefredakteur: Dipl.-Ing. R. Wendler, Freiberg, Klubhaus der Bergakademie, A.-Bebel-Str 5 (Ruf 2497). — Verlag: Akademie-Verlag, GmbH, Berlin W 1, Leipziger Straße 3—4 (Ruf 220441), Postscheckkonto 350 21. — Die Freiberger Forschungshefte erscheinen in zwangloser Folge in den Reihen A, B, C und D. Ausführliches Verzeichnis aller lieferbaren Hefte von der Redaktion der Bergakademie oder dem Akademie-Verlag. — Preis dieses Heftes: 2,50 DM. Bestell- und Verlags-Nr. 2062/280/D 30. — Vertrieb: Für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik durch den Buchhandel; für das Gebiet der Deutschen Bundesrepublik durch den Buchhandel (Auslieferung KUNST UND WISSEN, Erich Bieber, Stuttgart S, Wilhelmstraße 4—6); für das gesamte Ausland durch eine Importbuchhandlung, den Deutschen Buch-Export und -Import GmbH, Leipzig C 1, Postschließfach 276, oder den Verlag. Satz und Druck: Druckwerkstätten Stollberg VOB, Stollberg (Erzgeb.), August-Bebel-Str. 16 - VOB UNION - III/6/50 2 1059 (913). — Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 202·100/552/59 des Ministeriums für Kultur, HV Verlagswesen, der Deutschen Demokratischen Republik. — Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten.

VORWORT

Die vorliegende Arbeit behandelt einen Abschnitt aus der Geschichte der Freiburger Arbeiterbewegung und der Bergakademie, der bis heute der Öffentlichkeit weitestgehend vorenthalten blieb. Die Verfasser untersuchen die Verbindung fortschrittlicher ausländischer, besonders russischer Studenten der Bergakademie mit Freiburger Sozialdemokraten an Hand des Aktenmaterials des Ratsarchivs der Stadt Freiberg. Leider sind die entsprechenden Akten über die Verfolgung und Maßregelung russischer Studenten im Archiv der Bergakademie nicht vorhanden, wahrscheinlich sind sie vernichtet worden.

Auf die Verbindung russischer revolutionärer Studenten mit deutschen Sozialdemokraten ist schon hin und wieder in der marxistischen Geschichtsschreibung hingewiesen worden. Hervorzuheben ist die Aktenpublikation über die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907 auf Deutschland, herausgegeben von Prof. Dr. LEO STERN, in der für die genannte Zeit auch auf die Verbindung russischer Studenten zu sozialdemokratischen Ortsvereinen aufmerksam gemacht wurde.¹

In einigen Fällen handelte es sich um ausgesprochen sozialdemokratische Studentengruppen (Dresden, Leipzig, Darmstadt), in anderen Fällen war es nur die Teilnahme einiger russischer Studenten an sozialdemokratischen Versammlungen und Demonstrationen (wie z. B. in Heidelberg, Braunschweig und anderen Städten). Diese Meldungen beziehen sich aber nur auf die Zeit von 1904 bis etwa 1909.

Ansonsten ist speziell für unsere Thematik wenig Quellenmaterial und Literatur vorhanden. Einige interessante und aufschlußreiche Hinweise vermittelt die von KURT EISNER herausgegebene Schrift über den Königsberger Prozeß von 1904.²

Leider fehlt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der russischen revolutionären Bewegung im Ausland völlig. Die wenigen Andeutungen und bruchstückhaften Ausführungen in einzelnen Werken vermögen nur ein ungefähres Bild zu vermitteln.

¹ Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, I und II.

Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905—1907 auf Deutschland, hrsg. von Prof. Dr. Leo Stern, Berlin 1954—1956.

² Der Geheimbund des Zaren. Der Königsberger Prozeß wegen Geheimbündelei, Hochverrat gegen Rußland und Zarenbeleidigung vom 12. bis 25. Juli 1904, hrsg. von Kurt Eisner, Berlin 1904. Kurt Eisner (1867—1919) — sozialdemokratischer Publizist und Politiker, Anhänger revisionistischer Auffassungen; 1899—1905 Redakteur des Zentralorgans der SPD „Vorwärts“; später führendes Mitglied der USPD und Ministerpräsident in Bayern (Nov. 1918 bis Jan. 1919). 1919 von dem Konterrevolutionär Graf Arco-Valley ermordet.

Gerade hier macht sich der Mangel an Quellen und Literatur um so schmerzlicher bemerkbar, als eine exakte und klare Einschätzung der politischen Aktivität der russischen sozialdemokratischen Studenten in Freiberg nur durch Heranziehung dieses Materials möglich gewesen wäre.

In der Arbeit wird nachgewiesen, daß Verbindungen zwischen fortschrittlichen russischen Studenten und deutschen Sozialdemokraten in Freiberg schon seit dem Fall des Sozialistengesetzes bestanden. Wenn auch keine ausgesprochen sozialdemokratische Organisation der ausländischen Studenten nachgewiesen werden kann, so steht doch fest, daß eine Anzahl ausländischer — vorwiegend russischer — Studenten teilweise sehr enge Beziehungen zu führenden Genossen des Freiburger sozialdemokratischen Ortsvereins unterhielt. Daß es in Freiberg nicht zu einer sozialdemokratischen Organisation russischer Studenten kam, hatte verschiedene Ursachen.

Legal war in Freiberg eine solche Organisation nicht möglich. Hieß es doch im Disziplinar-Regulativ vom 27. Februar 1893 im § 10:

*„Vereine und Verbindungen der Studierenden unter sich und die Teilnahme der Studierenden an den Vereinen Anderer sind nach den bestehenden allgemeinen Gesetzen und Verordnungen zu beurteilen und jedenfalls nur insoweit gestattet, als sie sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen und nicht gegen die guten Sitten verstoßen und den Zweck der Anstalt beeinträchtigen.“*³

Hiernach war also selbst den deutschen Studenten jede Möglichkeit genommen, eine sozialdemokratische Organisation zu gründen, ja sie durften sich nicht einmal den bestehenden sozialdemokratischen Vereinen offiziell anschließen. Daß sich dieses Verbot der politischen Tätigkeit nur gegen fortschrittliche Studenten richtete, zeigte sich auch bei der Maßregelung russischer Studenten.

Allein der Nachweis sozialdemokratischer Gesinnung reichte aus, um von der Disziplinarbehörde der Bergakademie bestraft zu werden, teilweise sogar von der Hochschule verwiesen zu werden.

Die Verfasser weisen an Hand zahlreicher Aktenbelege nach, welchen Umfang diese Verbindung in den folgenden Jahren trotz der schon 1893 einsetzenden Verfolgung annahm, und veranschaulichen auch die Methoden der Freiburger Behörden bei der Bespitzelung und Maßregelung der fortschrittlichen russischen Studenten.

Es kann dabei nicht übersehen werden, daß bei der Verfolgung dieser Studenten auch der Senat der Bergakademie eingeschaltet wurde. Zu jener Zeit lehrten an der Bergakademie solche hervorragenden Wissenschaftler wie die Professoren CLEMENS WINKLER, RICHARD BECK, ADOLF LEDEBUR, um nur die bekanntesten zu nennen. Sie trugen neben anderen Gelehrten

³ Disziplinar-Regulativ der Königlich-Sächsischen Bergakademie zu Freiberg (Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Königreiche Sachsen auf das Jahr 1893, Freiberg o. J. S. 303).

besonders dazu bei, durch Lehre und Forschung den internationalen Ruf der Bergakademie als einer der bedeutendsten montanwissenschaftlichen Bildungsstätten der Welt zu begründen und zu festigen. An diese großen wissenschaftlichen Traditionen können heute mit Stolz Professoren, Dozenten und Assistenten anknüpfen. Unter den Verhältnissen der Herrschaft des Imperialismus und Militarismus in Deutschland wurden aber selbst solche fortschrittlichen Wissenschaftler gezwungen, für die Aufrechterhaltung und Festigung der kapitalistischen Klassenherrschaft einzutreten.

So diente der Senat der Bergakademie als Disziplinarbehörde zur Maßregelung fortschrittlicher Studenten, die allein wegen sozialdemokratischer Gesinnung von der Bergakademie verwiesen wurden. Der Relegation folgte unmittelbar die Ausweisung aus Sachsen.

Die vorliegende Arbeit erhält ihren besonderen Wert dadurch, daß sie von zwei der bekanntesten Freiburger Parteiveteranen geschrieben wurde, die selbst jahrzehntelang im aktiven politischen Kampf gestanden haben. Sie übernahmen das revolutionäre Erbe der Genossen ALTERMANN und ZIMMERMANN. Heute sehen sie ihre Aufgabe darin, die Geschichte der Freiburger Arbeiterbewegung, die sie selbst im Kampf mitgestalteten, zu schreiben. Die Arbeiterklasse ist daran gegangen, ihre Geschichte selbst zu schreiben, und es gibt wohl keine berufeneren Historiker der revolutionären Kämpfe als die Arbeiter selbst.

Die Freiburger Bergakademie hat viele gute Traditionen auf dem Gebiet der internationalen Verbindungen. Es ist das große Verdienst der beiden Parteiveteranen, eine wenig oder gar nicht bekannte Seite dieser internationalen Verbindung der Vergessenheit entrissen zu haben.

Auch heute studieren an der Bergakademie wieder viele ausländische Studenten. Aber seit jenen Tagen sind gewaltige Veränderungen in der Welt vor sich gegangen und haben auch im Leben der Universitäten und Hochschulen nachhaltig gewirkt. Als Ergebnis des harten und erbitterten Klassenkampfes des Proletariats und der mit ihm verbündeten Klassen und Schichten entstanden die sozialistische Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten in Europa und Asien. Die werktätigen Massen im Osten Deutschlands beseitigten die kapitalistische Klassenherrschaft und errichteten die Macht der Arbeiter und Bauern.

Unser volksdemokratischer Staat hat alle Gesetze und Anweisungen, die die Zahl der ausländischen Studenten einschränken sollten (hohe Besteuerung, verschärfte Aufnahmebedingungen, außerordentliche Beiträge, erhöhte Studien- und Prüfungsgelder) beseitigt. Eine Ausländerfrage, wie sie damals von den Regierungsstellen hervorgerufen wurde, existiert bei uns nicht mehr. Unter unseren heutigen sozialistischen Bedingungen sind die ausländischen Studenten gern gesehene Gäste, denen wir nach besten Kräften helfen, ein Höchstmaß an Wissen zu erwerben.

Die Enkel und Urenkel der sozialdemokratischen russischen Studenten, die damals, von der Reaktion verfolgt, Freiberg verlassen mußten, sind heute die Gäste unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates und studieren in den neuen Hörsälen und Instituten der bedeutendsten montanwissenschaftlichen Bildungsstätte Deutschlands gemeinsam mit den deutschen Studenten für das gleiche Ziel: die Verbesserung des Lebens der werktätigen Menschen.

Hans Fritsch

EINLEITUNG

Die Situation in Deutschland nach dem Fall des Sozialistengesetzes schätzte FRIEDRICH ENGELS am 6. März 1895 folgendermaßen ein:

„Die Regierung und die herrschenden Klassen hatten alle ihre Mittel erschöpft – nutzlos, zwecklos, erfolglos. Die handgreiflichen Beweise ihrer Ohnmacht, die die Behörden, vom Nachtwächter bis zum Reichskanzler, hatten einstecken müssen – und das von den verachteten Arbeitern! – Diese Beweise zählten nach Millionen. Der Staat war am Ende seines Lateins, die Arbeiter erst am Anfang des ihrigen.“⁴

Am 25. Januar 1890 war das Ausnahmegesetz „wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom 19. Oktober 1878 – das sogenannte Sozialistengesetz – tatsächlich gefallen. Die Regierung erreichte im Reichstage weder die Verschärfung noch die unbefristete Verlängerung des Gesetzes. Am 30. September 1890 schließlich lief die Gültigkeit des Gesetzes ab. Schon vorher, im März 1890, mußte BISMARCK gehen, nachdem der Wahlsieg der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar seine Stellung unhaltbar gemacht hatte.

Zwölf Jahre Verfolgung und brutaler Unterdrückung, für viele Arbeiter und opferbereite Funktionäre – und ihre Familien – Jahre größter materieller Not, waren überstanden. Der schier allmächtige BISMARCK war durch die Kraft der Arbeiterklasse gestürzt worden. Kein noch so brutaler Terror vermochte den Vormarsch der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihrer Partei aufzuhalten. FRIEDRICH ENGELS faßte die Ergebnisse des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in einer sozialdemokratischen Versammlung am 22. September 1893 in Berlin folgendermaßen zusammen:

„... habe ich mich bei meiner gegenwärtigen Reise überzeugen können, wie großartig der Umschwung ist, der in den ökonomischen Verhältnissen Deutschlands stattgefunden hat. Vor einem Menschenalter war Deutschland ein ackerbauendes Land mit einer zu zwei Dritteln ländlichen Bevölkerung; heute ist es ein Industrieland ersten Ranges, ... Das scheint allerdings zunächst nur die Kapitalisten anzugehen. Aber die Kapitalisten, indem sie die Industrie steigern, schaffen nicht nur Mehrwert, sie schaffen auch Proletarier, sie zerstören die kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Mittelstände, sie treiben den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf die Spitze, und wer Proletarier schafft, der schafft auch Sozialdemokraten. Die Bourgeoisie ist bestürzt bei jeder neuen

⁴ Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. 2, 2. Halbband, Berlin 1954, S. 1161.

Reichstagswahl über das unaufhaltsame Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen, sie fragt: Woher kommt das? Ja, hätte sie einigen Verstand, so müßte sie sehn, daß dies ihr eigenes Werk ist! So ist es gekommen, daß die deutsche Sozialdemokratie die einigste, die geschlossenste, die stärkste in der ganzen Welt ist und von Sieg zu Sieg schreitet dank der Ruhe, der Disziplin und dem guten Humor, womit sie ihre Kämpfe führt.“⁵

Die wachsende Stärke der deutschen Sozialdemokratie zeigte sich vor allem im stürmischen Anwachsen der Zahl der Stimmen, die bei den Reichstagswahlen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden.

Für sozialdemokratische Kandidaten wurden abgegeben:

1871	—	124 000	Stimmen, das sind	1,6 ‰	aller Wahlberechtigten
1878	—	437 200	Stimmen, das sind	4,8 ‰	aller Wahlberechtigten
1887	—	736 100	Stimmen, das sind	7,8 ‰	aller Wahlberechtigten
1890	—	1 427 300	Stimmen, das sind	14,1 ‰	aller Wahlberechtigten
1893	—	1 786 700	Stimmen, das sind	16,8 ‰	aller Wahlberechtigten
1898	—	2 107 100	Stimmen, das sind	18,4 ‰	aller Wahlberechtigten
1903	—	3 010 800	Stimmen, das sind	24,0 ‰	aller Wahlberechtigten
1907	—	3 259 000	Stimmen, das sind	24,4 ‰	aller Wahlberechtigten
1912	—	4 250 400	Stimmen, das sind	29,4 ‰	aller Wahlberechtigten ⁶

Gleichzeitig stiegen die Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften sehr schnell an:

1891	—	278 000	Mitglieder
1895	—	259 000	Mitglieder
1900	—	680 000	Mitglieder
1905	—	1 345 000	Mitglieder
1910	—	2 017 000	Mitglieder ⁷

Das zahlenmäßige Anwachsen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften barg aber auch schwere Gefahren:

„Die objektiven Verhältnisse vom Ende des 19. Jahrhunderts brachten dem Opportunismus einen besonderen Kraftzuwachs, und zwar dadurch, daß sie die Ausnutzung der bürgerlichen Legalität in einen Kniefall vor ihr verwandelten, daß sie eine kleine Schicht von Bürokraten und Aristokraten der Arbeiterklasse entstehen und in die Reihen der sozialdemokratischen Parteien viele kleinbürgerliche ‚Mitläufer‘ eindringen ließen.“⁸

In Deutschland trat der Opportunismus vor allem in der Gestalt des Revisionismus BERNSTEINS in Erscheinung. Es war einer der verhängnis-

⁵ Marx/Engels/Lenin/Stalin: ebenda, S. 1158.

⁶ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. vom Statistischen Reichsamt 1919, Berlin 1919, S. 234/235.

⁷ Zit. n. R. Lindau: Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1947, S. 55. — Vgl. Paul Umbreit: 25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890 bis 1915, Berlin 1915, S. 172.

⁸ W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg, Berlin 1952, S. 18.

vollsten Fehler der deutschen Sozialdemokratie, nicht konsequent mit den Revisionisten abzurechnen und den rechten Flügel auszuschließen. Zwar setzte man sich schon seit 1898 mit den Anhängern BERNSTEINS auf den Parteitag auseinander (vor allem 1899 in Hannover und 1903 in Dresden), die Ansichten der Opportunisten wurden aber nicht zerschlagen und ermöglichten so den späteren Übergang (vor allem nach dem Tode BEBELS, 1913) der Führung der deutschen Sozialdemokratie in das Lager des Imperialismus.

Ihren offenen Ausdruck fand diese Entwicklung in der Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 im Reichstag. Die revisionistischen Führer der deutschen Sozialdemokratie hatten damit die Verteidigung des deutschen Imperialismus übernommen. —

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen das Sozialistengesetz hatte den deutschen Junkern und der Bourgeoisie anschaulich die Stärke des Proletariats gezeigt. Das Ausnahmegesetz von 1878 war gefallen, aber der Kampf der reaktionären Klassen zur Unterdrückung des Proletariats und seiner Partei ging weiter. An die Stelle der offenen Unterdrückung trat die „Nadelstichpolitik“, die Belauerung, Bepitzelung und Schikanie- rung der organisierten Arbeiter. Darüber hinaus schlugen schon in den ersten Jahren nach dem Fall des Sozialistengesetzes reaktionäre Kreise ein neues Ausnahmegesetz vor. Der Reichskanzler CAPRIVI, dem der Mißerfolg BISMARCKS noch in allzu deutlicher Erinnerung war, wollte aber von einem neuen Sozialistengesetz nichts wissen. Er schlug gesetzliche Regelungen durch die Einzelstaaten vor. Davon versprachen sich jedoch die Junker nichts. Sie verlangten eine Ordnung durch das Reich, wenn schon nicht in Form eines Ausnahmegesetzes, dann (wie es der sächsische König ausdrückte) „durch verschärfte Paragraphen; versage der Reichstag, so müsse man ihn eben mehrmals auflösen, eventuell einen coup d'etat machen“.⁹

Die Folge all dieser Pläne und Vorschläge war eine Reihe von Vorlagen im Reichstag (Umsturzvorlage 1895, Zuchthausvorlage 1898/99), die aber im Reichstag keine Billigung fanden. Jedoch war die Zeit nach dem Fall des Ausnahmegesetzes gekennzeichnet durch eine verschärfte Überwachung der sozialdemokratischen Versammlungen und Reden.

In dieser Zeit begannen auch in größerem Umfange die Überwachungen der Ausländer, die Verbindung mit der deutschen Sozialdemokratie unterhielten. Dabei zeigte es sich, daß besonders russische Staatsangehörige sehr oft enge Beziehungen zu den Ortsvereinen und Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie hatten. —

⁹ Zitiert nach HANS LOHMEYER: Die Politik des Zweiten Reiches 1870—1918, 2. Bd. Berlin 1939, S. 416. — coup d'etat = Staatsstreich.

Rußland war gegen Ende des vorigen Jahrhunderts ein Land mit vielen halbfeudalen Überresten. So wurde beispielsweise die Prügelstrafe erst im Jahre 1903 aufgehoben. Die relativ junge Arbeiterklasse war in wenigen Industriegebieten zusammengeballt. Trotzdem verfügte sie bereits über einige Erfahrungen im ökonomischen und politischen Kampf. Bereits in den 70er Jahren entstanden in Rußland die ersten Arbeiterorganisationen, die allerdings schon kurz nach ihrer Gründung von den Ochrana, der zaristischen Geheimpolizei, aufgespürt und aufgelöst wurden. Durch PLECHANOWS Wirken (Gruppe „Befreiung der Arbeit“ 1883 in Genf) drangen die Ideen des Marxismus langsam in Rußland ein. Die zaristische Willkürherrschaft verfolgte diese Anfänge der Arbeiterbewegung; viele tausend Revolutionäre wurden in die Gefängnisse, Zuchthäuser und in die Verbannung geschickt. Andere entzogen sich der Verhaftung durch die Emigration. Zentren der russischen Emigranten waren die Schweiz und Deutschland.

Trotz der allen gemeinsamen Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen in Rußland gab es jedoch damals noch keine klaren und einheitlichen Vorstellungen über die Art und den Weg der Veränderung der russischen Verhältnisse. Revolutionäre, bürgerliche Demokraten, Liberale und unzufriedene Aristokraten gehörten zu den Emigranten. Es ist verständlich, wenn es daher auch unter ihnen heftige Auseinandersetzungen gab.

Auch die Revolutionäre, die die Interessen des russischen Proletariats vertraten, waren sich nicht einig. Erst 1898 kam es in Minsk zum I. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR). Formal war damit eine sozialistische Arbeiterpartei gegründet. Aber bis zum II. Parteitag stellte die SDAPR nur eine lose Vereinigung örtlicher Komitees und Auslandsorganisationen dar. In der Schweiz bestanden allein um 1900 noch vier bis fünf verschiedene Gruppen, die sich als Arbeiterorganisationen fühlten.

„Das ist die Periode der Zerfahrenheit, des Zerfalls der Schwankungen. Im Knabenalter erfolgt beim Menschen der Stimmbruch. Auch die Stimme der russischen Sozialdemokratie dieser Periode begann zu brechen, falsch zu tönen – und dies auf der einen Seite in den Werken der Herren Struve und Prokopowitsch, Bulgakow und Berdjajew, auf der anderen Seite bei W. I-n und R. M., bei Kritschewski und Martynow. Aber nur die Führer zogen getrennt einher und gingen zurück: Die Bewegung selber war in ständigem Anschwellen begriffen und machte enorme Fortschritte. Der proletarische Kampf erfaßte neue Schichten der Arbeiter und breitete sich über ganz Rußland aus, während er gleichzeitig indirekt auch auf die Belebung des demokratischen Geistes in der Studentenschaft und in anderen Bevölkerungsschichten einwirkte.“¹⁰

¹⁰ Lenin, W. I.: Was tun? in: W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. 1, Berlin 1953, S. 323.

Das zeigte sich z. B. deutlich bei der gemeinsamen Demonstration von Studenten und Arbeitern gegen die strafweise Zwangsrekrutierung. Diese Kundgebung am 4. März 1901 auf dem Kasaner Platz in Petersburg wurde von der Polizei mit Waffengewalt aufgelöst, wobei mehrere Demonstranten verletzt und getötet wurden.

Bei diesem Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft fanden die russischen Revolutionäre in den deutschen Arbeitern und der sozialdemokratischen Partei treue Verbündete. Das deutsche Proletariat unterstützte die revolutionäre Bewegung in Rußland nicht nur durch machtvolle Demonstrationen und Sympathiekundgebungen, sondern vor allem auch durch die Lösung der verschiedensten Aufgaben des revolutionären Kampfes, wie z. B. Transport revolutionärer Schriften und deren Schmuggel nach Rußland und Hilfe für russische Emigranten. Auch sonst bestand zwischen den russischen demokratischen Kräften in Deutschland und den Ortsvereinen der Sozialdemokratie eine oft recht enge Verbindung.



Richard Zimmermann, führender Funktionär der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Freiberg (die Aufnahme stammt aus dem Jahre 1901)

Werfen wir in diesem Zusammenhang einen Blick auf die Lage in der Freiburger Arbeiterbewegung.

Neben neun Gewerk-(Fach-)Vereinen, die sich dann im Juli 1896 zum „Verein Gewerkschaftskartell“ zusammenschlossen, arbeitete seit dem 28. Januar 1894 der „Sozialdemokratische Verein für den 9. Sächsischen Reichstagswahlkreis“. Die führenden Funktionäre dieses Vereins waren der Barbier HEINRICH ALTERMANN und der Schuhmacher RICHARD ZIM-

MERMANN. Dieser Verein war aus der Tarnorganisation während der Jahre des Sozialistengesetzes, dem „Verein für volkstümliche Wahlen“ — in Freiberg als einer der ersten deutschen Städte bereits im Jahre 1886 gegründet —, hervorgegangen. Er bestand aber nur aus 40 bis 50 Mitgliedern. Erst 1902 meldete die Polizei auf Grund von Berichten in den Generalversammlungen 240 Mitglieder im Kreis, 150 davon in der Stadt Freiberg.¹¹ An den Maifeiern seit 1890 beteiligten sich aber immer Hunderte von Teilnehmern.¹² Wählerstimmen zählte man für die sozialdemokratischen Reichstagskandidaten natürlich wesentlich mehr. So stieg im 9. Reichstagswahlkreis die Stimmenzahl für die Sozialdemokratie von rund 8000 im Jahre 1890 auf rund 12 000 im Jahre 1903.¹³

Das Verkehrslokal der Sozialdemokratie war von Ende 1890 bis 1903 „Hüblers Restaurant“ in der Gerbergasse Nr. 2. Schon 1892 hatte Genosse ZIMMERMANN den Verein „Dramatischer Club Echo“ gegründet, der besonders festliche Veranstaltungen mit Lagentheateraufführungen und Gesangsvorträgen bereicherte. —

Die Königliche Bergakademie zu Freiberg, auf wissenschaftlichem Gebiet in vieler Beziehung beispielgebend für alle technischen Hochschulen, hatte inzwischen Weltruf erlangt, kämpfte allerdings infolge des Niedergangs des sächsischen Erzbergbaus kurze Zeit um ihren Bestand.

Es gelang jedoch, von Regierung und Landtag Mittel für Erweiterungs- und Neubauten zu erhalten. Die Zahl der Studenten hatte sich seit 1871/72 langsam, aber stetig erhöht. Im genannten Jahr waren es 49 Studenten,

¹¹ Ratsarchiv der Stadt Freiberg, Akte: Sozialdemokratie, Abt. X, Sekt. XVII, No. 32 II. — Im Jahre 1907 war die Zahl der Mitglieder der SPD auf 473 in der Stadt und auf 949 im Kreis Freiberg gestiegen. Vgl. Stadtarchiv Freiberg, Akte: Überwachung Vereinsleben, Abt. X, Sekt. IX, No. 2.

¹² Vgl. Ratsarchiv Freiberg, Akte: Sozialdemokratische Maifeiern, Abt. X, Sekt. XVII, No. 35. — Polizeiberichte vom 2. Mai 1890, 2. Mai 1892, 3. Mai 1897.

¹³ Zum 9. Reichstagswahlkreis gehörten: Stadt Freiberg, Gerichtsamtsbezirke Freiberg, Frauenstein, Brand, Oederan, Hainichen.

An Stimmen wurden abgegeben:

1890	Eisendreher Karl Riemann (Soz. dem.)	— 8 063
	Geh. Bergrat Merbach (Freikons.)	— 11 932
	Techniker Fritzsich (Deutsch. Soz.)	— 259
1893	Tischler Ernst Schulze (Soz. dem.)	— 7 693
	Geh. Bergrat Merbach (Freikons.)	— 11 932
	Fabrikant Schubert (Deutsch. Soz.)	— 4 921
	(Stichwahl)	
	Tischler Ernst Schulze (Soz. dem.)	— 8 917
	Geh. Bergrat Merbach (Freikons.)	— 11 932
1898	Tischler Ernst Schulze (Soz. dem.)	— 7 523
	Redakteur Dr. Georg Oertel (Kons.)	— 11 883
1903	Tischler Ernst Schulze (Soz. dem.)	— 10 848
	Redakteur Dr. Georg Oertel (Konserv.)	— 7 060
	Generalsekr. Dr. K. Kuntze (Liberal)	— 4 350
	(Stichwahl)	
	Tischler Ernst Schulze (Soz. dem.)	— 11 835
	Redakteur Dr. Georg Oertel (Kons.)	— 10 739

Entnommen: Freiburger Anzeiger und Tageblatt vom 26. 2. 1890, 21. 6. 1893, 29. 6. 1893, 21. 6. 1898, 21. 6. 1903 und 1. 7. 1902.

davon 36 Ausländer. 1890 zählte man 170 Studierende, davon 82 Ausländer. Ab 1895 überstieg die Zahl der ausländischen Studenten wieder die der deutschen: 108 Deutschen standen 113 Ausländer gegenüber. Bis zum I. Weltkrieg blieb dieses Verhältnis bestehen. Die Ausländer kamen in diesen Jahren zu einem großen Teil (ein Viertel bis ein Drittel) aus den östlichen Nachbarländern Deutschlands.¹⁴

„Eine akademische ‚Ausländerfrage‘ gab es in früherer Zeit allerdings noch nicht. . . . In neuerer Zeit hat man vielfach die Befürchtung ausgesprochen, daß es eine Stärkung des ausländischen Wettbewerbes bedeutet, wenn deutsche Technische Hochschulen auch Ausländern Zutritt gewähren. . . . Gleichwohl darf man nicht glauben, daß die Ausländerfrage bei der Bergakademie Freiberg keine Rolle gespielt habe. Im Gegenteil, seit in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts der Zustrom von Ausländern, namentlich aus Rußland, in auffälliger Weise answoll, bildete diese Frage einen Gegenstand ernster Sorge für die Leitung der Hochschule und führte zu einer Reihe von Gegenmaßnahmen durch neue Satzungs- und Ausführungsbestimmungen. Die Freiburger Aufnahmebedingungen für Studierende haben zu keiner Zeit denen irgendeiner anderen Hochschule des Deutschen Reiches an Schärfe nachgestanden. Andererseits hat die Freiburger Hochschule allen anderen voran zuerst den Weg beschritten, die Ausländer kräftig zu besteuern. . . . es ist darum durchaus gerechtfertigt, daß man geeignete Maßnahmen verlangt, um das Ausländertum an unseren höchsten Bildungsanstalten gebührend einzuschränken, da wo es lästig zu werden anfängt oder irgendwelche vaterländischen Interessen zu gefährden droht.“¹⁵

Diese Ausführungen lassen den Klassencharakter der Volksbildung im Kapitalismus klar erkennen. Gerade die Feststellungen, wonach man Vorsorge gegen die eventuelle Konkurrenz treffen und darauf achten sollte, daß die „vaterländischen Interessen“ nicht in Gefahr geraten, dokumentieren auch die politische Haltung der Hochschulleitung, die bestrebt war, die deutschen Studenten zu überlegenen Berg- und Hütteningenieuren auszubilden und im „vaterländischen“, d. h. alldeutschen, Sinne zu erziehen.

Die Studenten aus den östlichen Nachbarstaaten waren verschiedener gesellschaftlicher Herkunft. Neben Namen baltischer Barone liest man im Immatrikulationsverzeichnis auch solche Bürgerlicher. Gewiß waren sie meist Söhne von Industriellen und reichen Kaufleuten. Wahrscheinlich befanden sich unter ihnen auch politische Emigranten, deren ideologische Einstellung sehr unterschiedlich war. Daß auch revolutionäre Ideen unter den ausländischen Studenten verbreitet waren, zeigen die Ereignisse der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

¹⁴ Papperitz, Erwin: Gedenkschrift zum Hundertfünfzigjährigen Jubiläum der Königlich-Sächsischen Bergakademie zu Freiberg, Freiberg 1916, S. 93/94 und Anhang.

¹⁵ Gedenkschrift . . . ebenda, S. 29/30.

Besondere Aktivität entfaltete die Polizei bei der Überwachung und Bespitzelung der Sozialdemokraten vor allem in der Zeit vor und während der Reichstagswahlen. Es ist daher kein Zufall, wenn gerade im Sommer 1893 die Polizeibehörde Freiberg auch auf die Verbindung ausländischer Studenten mit den Freiburger Sozialdemokraten stieß. Besonders hingewiesen sei hierbei auf die enge Zusammenarbeit von Stadtpolizeibehörde, Direktion der Bergakademie, „Verband der Studierenden“ und der Freiburger Lokalpresse, die gemeinsam an der Verfolgung „sozialdemokratischer Umtriebe“ unter den ausländischen Studenten der Bergakademie beteiligt waren.

Das öffentliche Vorgehen gegen diese Studenten begann mit einem Artikel im „Freiberger Anzeiger“ vom 16. Juni 1893. Dort hieß es u. a., daß an der Bergakademie Elemente geduldet würden, die Verbindung mit der „Umsturzpartei“ pflegten und damit das Ansehen der Bergakademie schädigten. Die Studenten der Bergakademie würden von den verschiedensten Seiten beschuldigt, sich an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligt zu haben. Es sei aber festgestellt worden, daß es sich ausschließlich um Studenten, die aus den östlichen Nachbarländern Deutschlands stammten, handele, meist um russische Juden.

Diese Herren würden natürlich nicht dem „Verband der Studierenden“ angehören, der sich meist aus deutschen Studenten zusammensetzt. Die ausländischen Studenten wurden weiter in dem Artikel beschuldigt, sich in deutsche Angelegenheiten eingemischt zu haben. Ihr Verhalten wäre Undankbarkeit dem deutschen Staat gegenüber, dem sie doch zur Dankbarkeit verpflichtet seien, da er es ihnen gestatten würde, deutsche Wissenschaft und Erfahrungen verwerten zu können.¹⁶

Selbstverständlich wehrten sich die angegriffenen Studenten gegen den Vorwurf der Undankbarkeit der deutschen Hochschule gegenüber:

„Die öffentliche Mitteilung von gestern berechtigt zu einer öffentlichen Entgegnung. Es ist wohl ganz richtig, was unser Gewährsmann über die Haltung von 10 bis 20 Studierenden produziert hat; immerhin mögen absichtlich oder unabsichtlich einige Unrichtigkeiten mit untergelaufen sein. Denn diese, ‚meist russische Juden‘, wie es dort heißt, repräsentieren, was Nationalität anbetrifft, nicht weniger als 6 verschiedene Nationen und was den Taufschein auf der anderen

¹⁶ Vgl. Freiberger Anzeiger und Tageblatt, Nr. 137, 16. Juni 1893.
Der Freiberger Anzeiger war ein chauvinistisches alldeutsches Blatt.

Seite wieder berührt, wurde unter den 10 bis 20 17 Mann das Glück zu Teil, in christlicher Weise von christlichen Eltern geboren zu werden, und dennoch erhebt man die Minorität über die Majorität und würdigt sie als mehr als diese. Die drei wohl- oder übelgesinnten (dies konnte nicht genau festgestellt werden) Ratschläge wollen zweifelsohne recht beherzigt werden! Zuletzt wurde es diesen 10 bis 20 übelgenommen, an d e u t s c h e r Wissenschaft Diebstahl zu üben, daher haben sich die Betreffenden auf die Suche nach einer österreichischen (?) oder spanischen (?) Wissenschaft begeben.“¹⁷

Nur nebenbei sei bemerkt, daß dieser Artikel im Anzeigenteil erschien und von den Studenten selbst bezahlt werden mußte.

In der Zwischenzeit bereitete der Ausschuß der Studentenvereinigung „Verband der Studierenden“ die Entfernung der fortschrittlichen Studenten von der Akademie vor. Er benannte dem Senat sechs Polizeibeamte, die die „sozialdemokratischen Umtriebe“ dieser Studenten bestätigen könnten. In einem Schreiben vom 25. Juni 1893 wandte sich die Direktion der Bergakademie unter Bezugnahme auf die vom reaktionären Studentenverband benannten Zeugen an die Stadtpolizeibehörde mit der Bitte:

„Bei der von dem Senat der Bergakademie in dieser Angelegenheit eingeleiteten Untersuchung macht sich nun die Befragung der genannten Polizeiorgane dringend wünschenswert und richtet man daher an die geehrte Stadtpolizeibehörde die ergebenste Bitte, eine solche Befragung stattfinden zu lassen und von dem Resultat derselben der Direktion der Bergakademie gefälligst Mitteilung machen zu wollen.“¹⁸

Was stellte sich nun bei der Befragung der Polizeibeamten über die Verbindung dieser Studenten zur Freiburger Sozialdemokratie heraus?

Aus der Reichhaltigkeit der Mitteilungen und den vielen Einzelheiten, die von den Polizeibeamten zu Protokoll gegeben wurden, kann man schlußfolgern, daß die Polizei schon seit längerer Zeit und sehr gewissenhaft sowohl die Tätigkeit der Freiburger Sozialdemokraten als auch die der ausländischen Studenten, die mit der Sozialdemokratie in Verbindung standen, überwachte und kontrollierte. Im einzelnen wurde festgestellt:¹⁹

Eine Reihe von ausländischen Studenten (es wurden durchschnittlich 6 bis 8 angegeben, es dürften aber nach den Zeitungsartikeln mehr gewesen sein) hatten sich regelmäßig an den Versammlungen des sozialdemokratischen Ortsvereins in „Hüblers Restaurant“ beteiligt. Für sie war stets ein Tisch reserviert worden. Die führenden Funktionäre des sozialdemo-

¹⁷ Freiburger Anzeiger und Tageblatt, Nr. 138, 17. Juni 1893.

¹⁸ Ratsarchiv Freiberg, Akten des Stadtrats zu Freiberg, die Beteiligung ausländischer Studierender an der Kgl. Bergakademie zu Freiberg an sozialdemokratischen Umtrieben betreffend, Abtlg. X, Sekt. XVII, Nr. 49, Blatt 1 (im folgenden abgekürzt: Akten des Stadtrats).

¹⁹ Vgl. Akten des Stadtrats, Blatt 2—11.

kratischen Vereins, die Genossen ALTERMANN und ZIMMERMANN, haben die Studenten immer besonders begrüßt. Bei den Versammlungen handelte es sich sowohl um sozialdemokratische Versammlungen, beispielsweise um eine Lassallefeier im Frühjahr 1893²⁰, und um Veranstaltungen des dramatischen Klubs „Echo“ als auch um Wählerversammlungen. Die Polizisten stellten zwar fest, daß die Studenten den sozialdemokratischen Rednern Beifall spendeten, sich auch am Gesang beteiligten (BONDOLFI, einer der Studenten, begleitete den Gesang auch auf dem Klavier)²¹, jedoch selbst keine Reden gehalten haben; auch eine finanzielle Unterstützung des sozialdemokratischen Vereins durch die Studenten konnte nicht nachgewiesen werden. Aus dem Kreis der Studenten wurden besonders genannt: BONDOLFI, SCHULZE II, LUKACS, SCHWARZ; außerdem BEHRMANN, SIMEONOWIC, GANNA, MIAKOWSKIJ, MIERZIJEWSKIJ und SKIDELSKIJ sowie der Schüler der Gerberschule COFLER.

Es handelt sich, wie die Heimatorte dieser Studenten beweisen, vorwiegend um Studenten aus den östlichen Nachbarländern Deutschlands, besonders aus Rußland, aber auch aus Serbien, Ungarn und Italien. Wie gewissenhaft die Polizeibehörden den Studenten nachspionierten, zeigen die Hinweise auf die mehrfachen persönlichen Zusammenkünfte zwischen SCHWARZ und ALTERMANN sowie dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten SCHULZE. Der Polizei war sogar bekannt, daß SCHWARZ von ALTERMANN Bücher erhielt, die er seinerseits mit anderen Studenten las und besprach. Auch daß SCHWARZ in seiner Wohnung LASSALLES „Reden und Schriften“ und BEBELS „Die Frau und der Sozialismus“ besaß, war den Behörden gemeldet worden.

Hervorzuheben ist noch der Versuch, einen neuen studentischen Verein („Fortschritt“) zu gründen. Am 16. Juni 1893 reichten einige Studenten, darunter der uns schon bekannte SIMEONOWIC, der Direktion der Bergakademie die Statuten des neuen Vereins zur Genehmigung ein.²² Das Statut ließ im § 3 die Aufnahme ordentlicher und außerordentlicher Mitglieder zu. Diese außerordentlichen Mitglieder brauchten nicht Angehörige der Bergakademie zu sein.²³ In einer Versammlung im Gewerbehaus begrüßte der Student SCHULZE die Gründung des Vereins mit dem Hinweis: *„Ich freue mich, daß endlich ein sozialdemokratischer Verein gegründet wird und wir alle sind sozialdemokratischer Ansicht.“*²⁴ Hier wurde offenbar der Versuch gemacht, dem reaktionären „Verband der Studierenden“ eine fortschrittliche Studentenorganisation entgegenzustellen. Offenbar scheiterte dieser Versuch infolge der Ausweisung der als fortschrittlich und mit der Sozialdemokratie sympathisierend bekannten Studenten.

²⁰ Vgl. ebenda, Blatt 2.

²¹ Vgl. ebenda, Blatt 7.

²² Vgl. Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte: Statuten der russischen Lesehalle, Bl. 1.

²³ Vgl. ebenda, Blatt 2.

²⁴ Akten des Stadtrats, Bl. 14; vgl. auch Bl. 9.

Nach diesen Ermittlungen durch die Polizei mußte der Senat der Bergakademie seine Entscheidungen treffen. Gleichzeitig veröffentlichte der „Freiberger Anzeiger“ die Meinung der reaktionären Studentenschaft:

*„Die Studentenschaft könne es mit ihrem nationalen Empfinden nicht vereinbaren, mit jenen Herren fernerhin kollegialen Verkehr zu haben. Daher habe die Studentenschaft den Beschluß gefaßt, ab 28. Juni den Vorlesungen so lange fernzubleiben, als es den an der sozialdemokratischen Agitation beteiligten ausländischen Studenten gestattet sei, die Vorlesungen zu besuchen.“*²⁵

Dieser angedrohte Boykott der Vorlesungen durch große Teile der Studentenschaft wurde auch durchgeführt:

Am 4. Juli konnte schließlich die Direktion der Bergakademie der Stadtpolizeibehörde das Ergebnis der Arbeit des Untersuchungsausschusses mitteilen:

*„Unter Bezugnahme auf § 7 Abs. 4 des bergakademischen Disziplinar-Regulativs setze ich die geehrte Stadtpolizeibehörde andurch davon ergebend in Kenntnis, daß der bergakademische Senat die Studierenden Faustino Bondolfi aus Tirano, Lippe Schwarz aus Uman, Ludwig Miaskowski aus Kalisch, Josef Lukács aus Budapest im Disziplinarwege von der Bergakademie weggewiesen hat.“*²⁶

Die Studierenden SCHULZE, BEHRMANN, SKIDELSKIJ und GANNA hatten bereits vor Abschluß der Untersuchungen Freiberg verlassen, so daß die Untersuchungen eingestellt wurden.

Nun folgten die polizeilichen Maßnahmen. In einem Schreiben an die Königliche Kreishauptmannschaft bat die Freiberger Stadtpolizeibehörde:

*„Da diese Personen sämtlich Reichs-Ausländer sind und demgemäß auf dieselben das Freizügigkeitsgesetz keine Anwendung erlaubt, wir aber die begründete Überzeugung haben, daß diese Personen nicht nur hier, sondern auch in jedem anderen Orte, wohin sie sich wenden werden, ihre regierungsfeindlichen, gegen König und Staat gerichteten Bestrebungen fortsetzen werden, so beantragen wir andurch bei einer Hohen Königlichen Kreishauptmannschaft, als Landespolizeibehörde, die Ausweisung der sämtlichen vorgenannten Ausländer aus dem Reichsgebiete zu verfügen.“*²⁷

Die Kreishauptmannschaft sah sich dazu allerdings nicht in der Lage und überließ es der Stadtpolizeibehörde Freiberg, die ehemaligen Studenten der Bergakademie ihrerseits aus dem Königreich Sachsen auszuweisen.²⁸

Die Freiberger Behörden hatten nun nichts Eiligeres zu tun, als die betreffenden Studenten auszuweisen. Ihr Beschluß hatte folgenden Wortlaut:

²⁵ Vgl. Freiberger Anzeiger und Tageblatt, Nr. 147, 28. Juni 1893.

²⁶ Akten des Stadtrats, Bl. 18.

²⁷ Ebenda, Bl. 21.

²⁸ Vgl. ebenda, Beschluß der Königlichen Kreishauptmannschaft Dresden vom 11. Juli 1893, Bl. 29.

„Nachdem Sie wegen Beteiligung an sozialdemokratischen Umtrieben Ihr akademisches Bürgerrecht zur Vermeidung der Wegweisung von hiesiger Bergakademie aufgegeben haben, liegt kein Grund vor, Ihren Aufenthalt noch länger im Königreich Sachsen zu dulden. Wir weisen Sie deshalb aus dem Gebiete des Königreichs Sachsen hiermit aus unter der Eröffnung, daß Sie binnen längstens 48 Stunden das Königreich Sachsen zu verlassen und dasselbe nicht wieder zu betreten, im Ungehorsamsfalle aber sich Ihrer Ausweisung mittelst Schubtransportes und bei Übertretung des Rückkehrverbotes überdies einer Ungehorsamsstrafe in Höhe von 8 Tagen Haft zu gewärtigen haben.“²⁹

Einige der Studenten, die erst verspätet in den Besitz der Ausweisung gelangten, wie SCHWARZ und BONDOLFI, kehrten nach einiger Zeit (im September 1893) nach Freiberg zurück. BONDOLFI führte noch eine Unterredung mit dem Genossen ALTERMANN. Die Polizei, vom Gastwirt KIESSEL (Waisenhausgasse) informiert, verhaftete BONDOLFI und wies ihn auf die angedrohte Weise aus.³⁰ Die Berufung, die der Student JOSEF LUKÁCS aus Budapest gegen seine Ausweisung einlegte,³¹ wurde nach einigen Wochen von der Kreishauptmannschaft mit dem Hinweis verworfen, daß „... derartige Elemente sich am wenigsten dazu eignen, mit einer Vergünstigung bedacht zu werden, auf die sie gar keinen Anspruch haben“.³² Die Polizei fand bei der Verfolgung der Sozialdemokraten in den Kreisen der Kapitalisten enge Verbündete. Noch im Jahre 1900 teilte der Freiburger Zigarrenfabrikant BARTH der Stadtpolizeibehörde mit, daß er den ehemaligen Studenten SCHWARZ, der 1893 des Landes verwiesen wurde, in Bad Elster erkannt habe.

BARTH schrieb: „Da es jedenfalls der dortigen Behörde unbekannt, und es nicht angenehm mit solchen Leuten unter einem Dach zu wohnen, bitte ich Sie höflichst, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, meinen Namen aber aus dem Spiele zu lassen, ...“³³

Umgehend verständigte die Freiburger Behörde die zuständige Amtshauptmannschaft Oelsnitz. Doch die ganze Aktion schlug fehl, da SCHWARZ Bad Elster bereits verlassen hatte.³⁴

Dieses erstmalige Vorgehen von reaktionärer Studentenschaft, Senat und Stadtpolizeibehörde hatte im Sächsischen Landtag noch ein Nachspiel. Der schon genannte sozialdemokratische Abgeordnete SCHULZE legte am 24. Januar 1894 in der 2. Kammer des Landtags die Umstände dar, unter denen man die ausländischen Studenten lediglich wegen der Teilnahme an

²⁹ Ebenda, Bl. 37.

³⁰ Vgl. ebenda, Bl. 46 ff.

³¹ Vgl. ebenda, Bl. 43—45.

³² Ebenda, Bl. 49.

³³ Ebenda, Bl. 107.

³⁴ Vgl. ebenda, Bl. 107—109.

sozialdemokratischen Versammlungen ausgewiesen hatte, während man gleichzeitig die Studenten aufforderte, für die konservativen Kandidaten Schlepperdienste zu leisten.

*„Wir haben aber, weil hier direkt die sozialdemokratische Partei interessiert ist insofern, als der Begriff der Unsitte und der Unanständigkeit als Grund angegeben wird, und die Betreffenden schon durch den Verkehr mit Sozialdemokraten und durch den Besuch von sozialdemokratischen Versammlungen bezichtigt worden sind, unanständige und unschickliche Dinge getrieben zu haben. Meine Herren! Wir Sozialdemokraten protestieren ganz entschieden dagegen, daß ein Senat sich herausnimmt, eine ganze große Partei, die größte Partei in Sachsen, auf diese Weise zu beschimpfen.“*³⁵

Diesen Ausführungen schloß sich eine längere Debatte an, an der sich vor allem der Großgrundbesitzer VON OEHLISCHLÄGEL beteiligte. Interessant waren seine Ausführungen insofern, als er sagte, daß es doch im Interesse der Bergakademie sei, „... eine hohe wissenschaftliche Stätte zu bleiben und nicht der Tummelplatz politischer Leidenschaft zu werden, ...“³⁶ Offenbar begann bei Herrn OEHLISCHLÄGEL die Politik bei der Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen, und es war nur „*ungeschickt*“ (!), die Studenten öffentlich zu Schlepperdiensten für den konservativen Kandidaten aufzurufen. Es braucht in diesem Zusammenhang nicht besonders betont zu werden, daß die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion ausweichend beantwortet wurde.³⁷

Einem anderen Schriftstück sollte noch besondere Beachtung geschenkt werden, weil es die Vorgänge an der Bergakademie Freiberg unmittelbar zum Inhalt hat. Am 7. Juli 1893, also noch vor Abschluß aller polizeilichen Maßnahmen, ging bei der Stadtpolizeibehörde ein Schreiben des preußischen Polizeipräsidenten ein:

GEHEIM!

Nach Zeitungsnotizen haben sich mehrere an der dortigen Bergakademie studierende Ausländer, insbesondere jüdische Russen, während der letzten Reichstagswahlperiode an sozialdemokratischen Umtrieben beteiligt, und es sind einige der Beschuldigten im Disziplinarwege von dem ferneren Besuch der Akademie ausgeschlossen worden.

³⁵ Mitteilungen über die Verhandlungen des ordentlichen Landtags im Königreiche Sachsen während der Jahre 1893—1894. Zweite Kammer, Nr. 1—66, Dresden 1894, S. 415.

³⁶ Ebenda, S. 416; von Oehlschlägel, Rittergutsbesitzer auf Oberlangenu, kandidierte bei den Reichstagswahlen 1878 und 1881 gegen Max Kaiser (Sozialdemokratie) und wurde nicht gewählt.

³⁷ Vgl. ebenda, S. 422 f; vgl. auch: Stadtarchiv Freiberg, Akte: Die Sozialdemokratie Abtlg. X, Sekt. XVII, No. 32, Niederschrift des Polizeiamtes Leipzig Abtlg. IV am 16. Mai 1894 über die Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsen, in der es auf Blatt 152 heißt: „Die Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten wegen Maßregelung der Studenten der Freiburger Akademie ist von der Regierung ausweichend beantwortet worden.“

Die Polizeiverwaltung erlaube ich mir ganz ergebenst zu ersuchen, gefälligst mir die Namen der ausländischen Agitatoren und ihre Personalbeschreibung mitteilen zu wollen.

*Der Königlich Preußische Polizei-Präsident
(gez.) Freiherr von Richthofen³⁸*

Natürlich entsprach die Stadtpolizeibehörde diesem Wunsche.³⁹ So wurde zwischen den Berliner und Freiburger Polizeibehörden eine der Beziehungen geknüpft, von denen man sich bei der Verfolgung ausländischer Sozialdemokraten Erfolge versprach. Auch in den folgenden Jahren spielte diese Verbindung im Zusammenhang mit der Ausweisung und Verfolgung politischer Gegner eine bedeutende Rolle.

Als im Jahre 1898 die Reichstagswahlen wieder bevorstanden, begann eine neue Verfolgungswelle gegen die sozialdemokratisch eingestellten ausländischen Studenten. Zu einer Märzfeier, die die Vereinigung „Sozialdemokratischer Verein für den 9. Reichstagswahlkreis“ am 19. 3. 1898 veranstaltete, waren abermals russische Studenten anwesend. Die Polizei ließ die Namen der Studenten feststellen und sie dem Rektor der Bergakademie mitteilen.⁴⁰ Kurz nach den Reichstagswahlen trat der „Freiberger Anzeiger“ mit dem Artikel „Sozialdemokratische Umtriebe russischer Studenten“ an die Öffentlichkeit:

„Wiederum haben wir von sozialdemokratischen Umtrieben verschiedener russischer Studenten zu berichten. Nicht genug damit, daß ihre Rassebrüder, die Slaven und Czechen, unsere deutschen Studenten jenseits der Grenze auf politischem Gebiet provozieren und mißhandeln, verlegen jetzt diese Herren mit beispielloser Unverfrorenheit ihre Agitation auf deutsches Gebiet. Kurz vor der Reichstagswahl waren einige russische Studenten der hiesigen Kgl. Bergakademie in einer Wählerversammlung in Conradsdorf. Sie wurden wegen ihres Benehmens und weil sie Ausländer und nicht wahlberechtigt, seitens des Vorsitzenden, des Herrn Fabrikbesitzers Fuchs, aufgefordert, das Lokal zu verlassen, was sie teilweise und mit Widerstreben taten, worauf sie draußen mit ihrem Gesinnungsgenossen und Duzfreund Herrn Altermann fraternisierten und in sozialdemokratischen Redensarten ihrem Ärger Luft machten.“

In der Zeitung heißt es weiter, daß sie noch enge Beziehungen zu ALTERMANN pflegten, dessen Wohnung aufsuchten, sich über die sozialdemokratischen Wahlsiege freuten und die „sozialdemokratische Hymne“ sangen.

Der Artikel schließt:

„Uns sind noch weitere ähnliche Begebenheiten der nächstfolgenden Tage gemeldet worden, wir glauben aber, daß Vorstehendes genügt.“

³⁸ Akten des Stadtrats, Bl. 27.

³⁹ Vgl. ebenda, Bl. 28.

⁴⁰ Vgl. ebenda, Bl. 54 und 55.

Man wird mit uns übereinstimmen, wenn wir erwarten, daß in dieses Wespennest mit energischer und rücksichtsloser Hand eingegriffen werden wird.“⁴¹

Der „Freiberger Anzeiger“ hatte damit das Signal zur Verfolgung gegeben. In der Aktennotiz zu diesem Artikel heißt es: *„Eilt sehr! Burkhardt will Sonnabend verreisen, darum Eile.“⁴²*

Die folgenden Ereignisse spielten sich dann auch wirklich in aller Eile ab. Der Polizeidezernent leitete sofort Schritte ein, die genau wie 1893 zur Ausweisung der Studenten führten. Vorher aber sollte das Disziplinarverfahren an der Bergakademie abgeschlossen werden. Am 1. Juli 1898 richtete daher Dr. HASE an die Bergakademie ein Schreiben:

„ . . . mit der ergebensten Bitte, uns das Ergebnis der dort im Gange befindlichen Erörterungen gegen die vorgenannten russischen Akademiker mitzuteilen. Wir beabsichtigen, die Haupträdelsführer aus Sachsen auszuweisen, und möchten die Ausweisung gleichzeitig mit einer dort etwa beschlossenen Relegation den Betroffenen bekannt machen.“⁴³

Daraufhin wurde Stadtrat Dr. HASE zur Sitzung des Senates, während der die Beschuldigten vernommen wurden, hinzugezogen.⁴⁴ Am 2. Juli 1898 wurde von seiten der Direktion der Bergakademie folgendes Urteil verhängt:

„ . . . daß der bergakademische Senat nach den Ergebnissen der stattgehabten Disziplinarordnung die Studierenden Eduard Skubbik aus Hasenpoth, Kurland, und Demetrius Nagorsky aus St. Petersburg mit der Strafe der ‚Wegweisung von der Bergakademie‘, die Studierenden Nicolai Rachmanoff, Mowscha Miloslawski, Nicolaus Rukawischnikow, Iwan Balbareff, Georg Andersohn, Michael Agaëff und Wladimir Nabokich dagegen mit der Strafe der ‚Androhung der Wegweisung‘ belegt hat.“⁴⁵

Nach dieser Bekanntmachung des Senats reagierte sofort die Polizeibehörde.

„Beschuß der Stadtpolizeibehörde zu Freiberg vom 2. Juli 1898.

Die Studierenden der Freiburger Bergakademie

1. Eduard Skubbik aus Hasenpoth, Kurland,

2. Demetrius Nagorsky aus St. Petersburg

werden hiermit aus dem Königreich Sachsen ausgewiesen, weil sie

⁴¹ Freiberger Anzeiger und Tageblatt, Nr. 149, 30. Juni 1898, weitere Einzelheiten über das Verhalten der russischen Studenten ergeben sich aus dem Bericht der Freiburger Polizeibehörden an den Königsberger Staatsanwalt Schütze (nach „Geheimbund des Zaren . . .“ S. 95/96).

⁴² Akten des Stadtrats, Bl. 56; Burkhardt war Redakteur der Zeitung „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“.

⁴³ Akten des Stadtrats, Bl. 57.

⁴⁴ Protokoll der Vernehmungen; Akten des Stadtrats, Bl. 87–90.

⁴⁵ Akten des Stadtrats, . . . Bl. 57/58.

sich als Ausländer an politischen staatsfeindlichen Bestrebungen insbesondere bei Angelegenheit der diesjährigen Reichstagswahl in auffälliger Weise beteiligt und dadurch lästig gemacht hat, überdies aber ein Recht zum Aufenthalt in Sachsen als Reichsausländer nicht hat. Der Ausgewiesene hat bei Vermeidung einer Haftstrafe von 14 Tagen die Stadt Freiberg und das Königreich Sachsen binnen dreimal vierundzwanzig Stunden zu verlassen und darf dahin nicht zurückkehren. I. A. (gez.) Dr. Hase Stadtrat“⁴⁶ mit dem Vermerk „Sofort in zwei Ausfertigungen schreiben.“⁴⁷

Gleichzeitig damit leitete die Polizei Maßnahmen zur Überwachung der nicht ausgewiesenen Studenten ein.⁴⁸ Schon zwei Tage später wandte sich die Stadtpolizeibehörde an den preußischen Polizeipräsidenten und teilte die Ausweisung SKUBBIKS und NAGORSKYS sowie die Zeit ihrer Abreise aus Freiberg und ihr wahrscheinliches Reiseziel mit.⁴⁹

Wie aus den Akten hervorgeht, fahndete man auch weiterhin, allerdings mit Hilfe wenig glaubhafter Zeugen.⁵⁰ Es konnte jedoch weder eine weitere Verbindung ausländischer Studenten zur Sozialdemokratie, noch eine finanzielle Unterstützung des sozialdemokratischen Ortsvereins durch Studenten der Bergakademie festgestellt werden. Im gleichen Jahre erfolgten noch weitere Ausweisungen. So wurden u. a. die Studenten WAGNER aus dem Gouvernement Saratow und BRODOWIKOW aus Blagowetschensk des Landes verwiesen.

WAGNER, der während der Ausweisungen im Juli nicht in Freiberg war, mußte sofort nach seiner Rückkehr das Land Sachsen verlassen. Die Polizei hatte bereits die Erhebungen abgeschlossen; der Hauswirt und die Vermieterin hatten alle für die Kompromittierung erforderlichen Hilfsdienste geleistet. In WAGNERS Wohnung war der Leiter der Freiburger Sozialdemokratie, Genosse ALTERMANN, ein und aus gegangen. Ferner las WAGNER sozialdemokratische Literatur und bezog das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei „Vorwärts“. Auch seien statistische Aufzeichnungen gefunden worden, mit denen er sich häufig beschäftigt habe. Es handelte sich hierbei um die Stimmenzahlen, die für die einzelnen Parteien bei den Wahlen abgegeben wurden, und um das prozentuale Verhältnis. Endlich habe WAGNER das Dienstmädchen gegen seine Wirtin aufzuwiegeln versucht, sie mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie vertraut machen wollen, ihr erklärt, daß sie für viel zu geringen Lohn arbeite und gefordert, daß sie täglich nur 8 Stunden Dienst leisten solle.⁵¹ Zwar legte WAGNER gegen seine Ausweisung Protest ein,⁵² jedoch erfolglos. Die Kreishauptmannschaft

⁴⁶ Ebenda, Bl. 63.

⁴⁷ Zustellungsurkunden, ebenda, Bl. 64 und 65.

⁴⁸ Vgl. ebenda, Bl. 66.

⁴⁹ Vgl. ebenda, Bl. 67.

⁵⁰ Vgl. ebenda, Bl. 69—72 und 77 f.

⁵¹ Vgl. ebenda, Bl. 85/86.

⁵² Vgl. ebenda, Bl. 93 ff.

hatte auch in diesem Falle die Ausweisung bestätigt und den Rekurs WAGNERS verworfen.⁵³ Im Dezember 1898 wurde schließlich auch der Student BRODOWIKOW ausgewiesen.⁵⁴

Die einzigen Gründe für die Ausweisung waren lediglich die Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen und die persönliche Verbindung zu sozialdemokratischen Funktionären!

Aber die Stadtpolizeibehörde tat noch ein übriges. Sie nahm die Ausgewiesenen SKUBBIK, NAGORSKY und WAGNER in die Akte „Anarchisten“ auf. Am 14. Januar 1899 reichte die Polizeibehörde an das preußische Polizeipräsidium in Berlin die Personalblätter dieser drei ehemaligen Studenten der Bergakademie mit vollständigem Signalement und den Photographien ein.⁵⁵

Nach Ansicht der Freiburger Polizeibehörde machte sich auch die Aufnahme der drei Ausgewiesenen in das Zentrale Polizei-Blatt in Berlin erforderlich; daher reichte diese Behörde alle dazu erforderlichen Unterlagen nach Berlin ein.⁵⁶

Am 23. Januar 1899 erhielt die Freiburger Stadtpolizeibehörde aus Berlin folgendes Antwortschreiben:

„GEHEIM!

Der Stadtpolizeibehörde erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 14. Jan. — No. 4309/Xa — ergebenst, daß, soweit mir bekannt die Verhandlungen über die Herausgabe des deutschen Fahndungsblattes bisher noch nicht abgeschlossen sind . . . Aus den s. Zt. mir zugänglich gemachten Akten über die Ausweisung des p. Nagorsky, Skubbik und Wagner ist hier damals entnommen, die Verfügungen seien wegen Beteiligung der Genannten an sozialdemokratischen (nicht anarchistischen) Umtrieben erfolgt. Da die gefällige Mitteilung vom 14. Jan. unter besonderer Bezugnahme auf die neuerlichen, wegen eventueller Ausweisungen — von Anarchisten — erlassenen Verordnungen erfolgt, ersuche die Stadtpolizeibehörde ich ergebenst um gefällige Auskunft, ob sich neuerdings Anhaltspunkte dafür ergeben haben, daß die Ausgewiesenen sich an anarchistischen Umtrieben beteiligt haben. Nur in diesem Fall hätte die Publikation der Ausweisung durch das Centralpolizeiblatt zu erfolgen.“⁵⁷

Die Freiburger Behörde hatte in ihrem Dienstefier eine solche Antwort nicht erwartet. So teilte sie dem preußischen Polizeipräsidenten mit,

⁵³ Vgl. ebenda, Bl. 96.

⁵⁴ Vgl. ebenda, Bl. 105/106.

⁵⁵ Vgl. Stadtarchiv Freiberg, Akten der Stadtpolizeibehörde zu Freiberg, Anarchisten, Bestimmungen Abtlg. X, Sekt. VI, No. 42, Bl. 10—14.

⁵⁶ Vgl. ebenda, Bl. 15—16.

⁵⁷ Ebenda, Bl. 17.

„. . . daß die früher hier inskribierten Bergakademiker Skubbik, Nagorsky und Wagner allerdings nur wegen sozialdemokratischer Umtriebe von der hiesigen Kgl. Bergakademie weg und bez. aus der Stadt Freiberg und dem Königreich Sachsen ausgewiesen worden sind. Wir haben jedoch geglaubt, im Hinblick auf die an uns ergangene V. O. des Kgl. S. Min. d. Innern v. 28. Nov. 1898, nach welcher die Polizeibehörden sich nicht lediglich an den Ausdruck „Anarchisten“ halten und die Abmachungen auch auf die dem Anarchismus gleichstehenden Gruppen, z. B. Nihilisten Anwendung finden sollen, auch über die gegen die drei russischen Studenten getroffenen Maßnahmen, wie geschehen, berichten zu müssen, umsomehr, als nicht erwiesen ist, welcher politischen Partei die Vorgenannten angehören und ob sie nicht dem Nihilismus ergeben sind, sich aber im Mangel einer Ortsgruppe dieser Art den in Freiberg vorhandenen Sozialdemokraten als den am weitesten links stehenden Parteigängern angeschlossen haben. Wir werden von ähnlichen Fällen künftig ohne weitere Weisung Anzeige nicht mehr erstatten.“⁵⁸

Dem preußischen Polizeipräsidenten lag aber keinesfalls daran, Freibergs Mithilfe zu verlieren; so erhielt die Polizeibehörde am 10. Februar 1899 folgendes Antwortschreiben:

„Der Stadtpolizeibehörde beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 25. Jan. No. 308 x/a ergebenst zu erwidern, daß Mitteilungen, wie diejenigen über die Ausweisung der Bergakademiker Nagorsky, Skubbik und Wagner für mich von großem Interesse und mir deshalb im hohen Grade erwünscht sind. Die Stadtpolizeibehörde würde mich deshalb durch solche auch in Zukunft zu Dank verpflichten. Meine Anfrage vom 23. Jan. d. J. No. 260 P. J. I. bezweckte lediglich eine Aufklärung darüber, ob die Ausgewiesenen, die nach den früheren Nachrichten als Sozialdemokraten anzusehen waren, nach neueren Erhebungen als Anarchisten zu bezeichnen und deshalb in die hier aufzustellende Anarchistenliste aufzunehmen wären. Von dieser Aufnahme wird zunächst Abstand genommen werden, da die Genannten durch ihre Agitation für die Reichstagswahlen gezeigt haben, daß sie nicht der jede politische Mitarbeit negierenden russischen Terroristenpartei angehören.“⁵⁹

Diese Akte ist nicht nur wegen des Vorgehens der Freiburger Polizeibehörden interessant, sondern vor allem deswegen, weil hier die Verbindung zwischen den Freiburger und Berliner Polizeiorganen noch einmal mit aller Deutlichkeit in Erscheinung tritt.

⁵⁸ Ebenda, Bl. 18.

⁵⁹ Ebenda, Bl. 19.

II

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts traten die Aktivität und die politische Betätigung ausländischer Studenten in ein neues Stadium. Die Voraussetzungen dafür waren offensichtlich schon 1893 geschaffen worden. Bereits damals war die Gründung eines fortschrittlichen Studentenvereins versucht worden. Im Jahre 1901 trat nun eine andere Vereinigung fortschrittlicher Studenten an die Öffentlichkeit, die sich „Slavischer Studentenverein“ nannte. Wie eine Mitgliederliste zeigt, zählte dieser Studentenverein im Dezember 1901 26 Mitglieder.⁶⁰ Sie kamen aus allen Teilen Rußlands. Neben solchen, die bereits 1897 das Studium aufgenommen hatten, waren dieser Organisation auch russische Studenten beigetreten, die erst im Herbst 1901 an der Bergakademie immatrikuliert worden waren. Dieser Verein umfaßte bei weitem nicht alle russischen Studenten. Daß es sich bei den Mitgliedern dieser Vereinigung um fortschrittliche Studenten handelte, läßt sich daraus erkennen, daß ihr auch MOWSCHA MILOSLAWSKY und NICOLAI RACHMANOFF angehörten, die 1898 wegen der Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen mit der „Androhung der Wegweisung von der Bergakademie“ bestraft worden waren.

Außerdem unterhielten die Studenten mit dem Genossen ZIMMERMANN, einem der Führer des Ortsvereins der Sozialdemokratie, sehr enge Beziehungen. Die Nähe des Vereinslokals mochte wohl die Verbindung noch begünstigt haben. Das Vereinslokal des Slavischen Studentenvereins war der „Ritterhof“ in der Rittergasse, heute Heubnerstraße, während ZIMMERMANN in der Rittergasse 11 eine Schuhmacherwerkstatt unterhielt.

Am 16. Dezember 1901 erhielt die Polizeibehörde den Hinweis, daß aus der Schweiz Pakete, die Bücher enthielten, für den Schuhhändler ZIMMERMANN eingegangen seien. Erst nachdem Genosse ZIMMERMANN diese Pakete in Empfang genommen hatte, führte die Polizei bei ihm eine Haussuchung durch und beschlagnahmte die Pakete. Am gleichen Tage noch wurde das Vereinslokal des Slavischen Studentenvereins durchsucht und alles vorhandene Schriftenmaterial beschlagnahmt. Danach wurde der bei der Polizeidirektion Dresden verpflichtete Assistent DELNY, der die russische Sprache beherrschte, telefonisch nach Freiberg beordert.

Die Polizeibehörde erstattete nunmehr bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen ZIMMERMANN und den Slavischen Studentenverein. Als Grundlage für diese Anzeige diente das vom Kriminalwachtmeister FÄNDRICH verfaßte Protokoll:

⁶⁰ Vgl. Akten des Stadtrats, . . . Bl. 115.



Der Ritterhof; um die Jahrhundertwende Vereinslokal
der slawischen Studentenvereinigung

„An die Stadtpolizeibehörde zu Freiberg.

(Hierzu die im Text der Anzeige genannten Bücher und sonstigen Schriften.)

In Gemäßheit des Bescheides der Königlichen Staatsanwaltschaft auf die vom Unterzeichneten am 4. Oktober a. c. erstatteten Anzeige 3450/X a. wurden vom Unterzeichneten in der letzten Zeit anderweite Erörterungen angestellt und dabei in Erfahrung gebracht, daß der hiesige Slavische Studentenverein, welcher in der Herberge zum Ritterhof sein Vereinslokal hat, zu den hier eingehenden russischen Schriften zweifellos in näheren Beziehungen steht.

Am Montag, den 16. Dezember c. nachmittags wurde nun wiederum beobachtet, wie der Laufbursche des hiesigen Sozialistenführers, Schuhmachers Julius Richard Zimmermann, der hier Pfarrgasse No 12¹ wohnhafte Schulknabe Max Richard Dienel vier gleichartige Pakete vom Hauptzollamt abholte und in den Laden Zimmermanns trug nachdem bereits am Morgen desselben Tages beobachtet worden war, daß durch die Post diese Pakete ins Hauptzollamt gebracht wurden. Das eine der Pakete war stark beschädigt, weshalb man den Inhalt deutlich erkennen konnte; das Übrige sagte die sichtbare Adresse auf einem der Pakete.

In der Voraussicht, daß nur durch schnelles Handeln in dieser Angelegenheit etwas zu erfahren war und die Gelegenheit sich günstig zeigte, wurde telefonisch der bei der Polizeidirektion Dresden verpflichtete Assistent Delny, welcher der russischen Sprache mächtig ist, nach der ersten Beobachtung nach hier gebeten und bei den weiteren Erörterungen verwendet. Eine im Laufe des Nachmittags im Laden Zimmermanns vorgenommene Durchsuchung hatte denn auch den Erfolg, daß die vier Pakete aus einem finsternen Winkel herausbefördert wurden.

Ein Blick in das Innere eines der Bücher sowie die Prüfung des Titelblattes durch Herrn Delny gab uns die Gewißheit, daß man es mit revolutionären, russischen Schriften zu tun hatte, die dann zum Zwecke näherer Prüfung vorläufig beschlagnahmt wurden. Absender der Pakete, die insgesamt 296 Stück kleine Bücher enthielten, ist ein gewisser Petrowsky, Karolinenstraße 27 in Genf. Die Abgangstation Accacia b. Genf. Die Aufschrift des Titelblattes der Bücher lautet in der Übersetzung wie folgt: Ausgabe der revolutionären, sozialistischen Gruppe ‚Freiheit‘ (in kleiner Schrift ganz oben am Rande):

„Vorabend der Revolution“.

Periodische Rundschau von Fragen der Theorie und Taktik, unter der Redaktion von L. N a d e s c h d i n. Darunter in gereimter Form: „Jetzt ist es notwendig, die Freiheit sich zu erringen mit der Brust zu erobern. Jetzt sind uns nicht Kassen, nicht Vereine noch auch Bücher

notwendig, jetzt lehre einfach, wie man in den Kampf geht und wie man im Kampfe kämpft'. Seite 52, letzter Absatz:

„Wenn sich der Durst (die Begierde) der verzweifelten Existenzen angehäuft hat, dürfen wir nicht die Verantwortlichkeit auf uns nehmen, als wenn sie uns irgend lästig wäre. Wenn wir auch wissen, daß die große Macht nicht auf unserer Seite ist; es sind die Zusammenstöße nun einmal unvermeidlich, und so müssen wir unsere Energie verzehnfachen. Wir müssen im Garibaldischen Geiste das nehmen, was wir sonst mit einfacher physischer Kraft zu nehmen nicht imstande sind. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo wir verpflichtet sind, gegen Rußland mit der Revolution wegen der Bürger zu kämpfen; ein Augenblick der vorher selbst durch die Revolution herbeigeführt worden ist, der in sie zurückkehrt, den Aufruhr zum Entladen zu bringen.“ Darunter in deutschen Druck das bekannte deutsche Sozialistenlied:

*, Marsch, Marsch,
Marsch, Marsch,
Und gings zum Tod,
denn unsre Fahne ist rot.‘*

Ein Exemplar dieser Schrift wurde von Herrn Delny zur näheren Durchsicht und event. Abgabe an die russische Gesandtschaft in Dresden mitgenommen.

p. p. Zimmermann über die Verwendung und Herkunft dieser Schriften befragt, gab folgendes an:

„Ich habe derartige Schriftsendungen schon wiederholt, ich glaube 2–3mal erhalten. (Jedenfalls öfter; läßt sich, wenn nötig, im Zollamt feststellen.) Ungefähr im August erhielt ich von einer mir unbekanntem Person, deren Namen ich vergessen habe, einen Brief, den ich nicht mehr besitze und in dem mir mitgeteilt wurde, daß in nächster Zeit viele Warensendungen aus Genf an mich gelangen würden. Ich wurde in dem Brief gebeten, diese Sendungen anzunehmen und bis auf weiteres aufzubewahren. Später erhielt ich nach Eintreffen der Pakete wieder einen Brief mit derselben Unterschrift, wenigstens vermute ich, daß es dieselbe war, indem ich gebeten wurde, die Sachen nach Frankfurt a. M. zu schicken. Die Adresse, an die ich es absendete, ist mir ebenfalls wieder entfallen. Ich glaube, sie hieß E. Schmalinsky oder so ähnlich. Ein anderes Mal wurden die Sachen nach Cöln a. Rh. geschickt. Diese Adresse weiß ich ebenfalls nicht mehr genau, ich glaube der Empfänger hieß Robinsky oder Rubinsky oder so ähnlich. Diese Sachen waren hier postlagernd eingegangen.

Den Inhalt der Pakete kenne ich nur insoweit, als ich eben weiß, daß es Bücher sind, die in fremder Sprache gedruckt waren.‘

Es wurde hierauf der Laufbursche Dienel befragt, welcher offenbar für alle Fälle instruiert war. Derselbe gab an, er habe von pp Zimmermann und später nochmals von dessen Frau den Auftrag erhalten, die Pakete vom Zollamt zu holen. Es sei vielleicht das 2. Mal, daß er von dort Pakete geholt habe. Weitere Pakete, von denen er nichts wisse, habe vielleicht pp Zimmermann selbst geholt. Was mit den Paketen oder deren Inhalt geworden, könne er nicht sagen; er wisse nicht, ob Bücher verkauft worden seien. (Ich hatte ihm gar nicht von einem etwaigen Verkauf der Bücher gesprochen.) Er wisse weiter auch nicht, ob wieder Pakete fortgeschickt worden seien, er selbst hätte aber jedenfalls keine wieder zur Post bringen müssen. Hierauf wurden, um den Zusammenhang möglichst festzustellen, in dem genannten Vereinslokale des Slavischen Vereins auf hiesiger Rittergasse folgende Bücher und sonstige Schriftstücke vorläufig beschlagnahmt:

1. Der Bote der russischen Revolution. Sozialpolitische Gesellschaft unter der Redaktion von K. Tarasoff.
2. Ausgabe der revolutionär-sozialistischen Gruppe ‚Freiheit‘. ‚Die Freiheit‘, ein Journal für Arbeiter.
3. 6 Stück sozialistische Monatshefte in deutschem Druck.
4. Russische Studenten, ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland, von Erwin Bauer.
5. Russische sozialdemokratische Arbeiterpartei. Proletarier aller Länder vereinigt Euch. Auf diesem, sowie auf andern Büchern befindet sich auf dem Titelblatte der handschriftliche russische Vermerk: ‚Nicht aus dem Lokale zu tragen‘. Der eigentliche Titel lautet: ‚Zwei Congresse‘, 3-te regelrechte Zusammenkunft der Vereinigung und constituierende Verbindung. Ausgabe des Vereins der russischen Sozialdemokratie.
6. Ein gedrucktes Blatt mit der Aufschrift: ‚Russische, sozialdemokratische Arbeiterpartei‘; Ausländische Liga, Russische, revolutionäre Sozialdemokratie.
7. Ein bedrucktes Blatt mit der Aufschrift: Russische u. s. f. wie oben: Proletarier aller Länder vereinigt Euch. Geschichtliche Wendung.
8. Ein bedrucktes Blatt betr. die Anpreisung einer vom Dezember 1900 ab erschienenen Monatsschrift ‚Der Funken‘ nebst einer Anzahl ähnlicher Schriftenpreisungen, unter andern: Die gegenwärtigen Aufgaben unserer Bewegung, von Wilhelm Liebknecht. An der Schwelle des 20. Jahrhunderts — Ein stürmischer Monat (Arbeiterpartei und Bauernstand).
Was anfangen? Selbstherrschaft und Finanzen.
Von unbedachten Schwärmereien.

Teurer Beruf. Die Zeiten der Crisis, Thränen eines alten Krokodils. Festungsgefangene an der Arbeit.

Sämtliche drei Blätter waren an einer im Zimmer aufgestellten schwarzen Tafel angezweckt.

9. *Eine Mappe mit der Aufschrift: ‚Bulletins und Proklamationen für 1901. Enthaltend 42 Stück zum größten Teil geschriebene einzelne Blätter, unter andern:*

Übersetzung aus der No. 23 der jüdischen Zeitung ‚Die Arbeiterstimme‘.

Am Schluß die Bemerkung: ‚in Rußland nicht gesetzlich.‘

Vereinsmitteilungen aus verschiedenen Städten Rußlands.

Ausgabe der Gruppe der Studenten-Revolution in Zürich, No. 1–12.

Das Verbrechen von Kiew. (Deutsch)

10. *Zwei Mitglieder-Verzeichnisse*

Die Vermutung oder vielmehr die bestimmte Voraussetzung des Unterzeichneten, daß der Slavische Studenten-Verein mit den an Zimmermann geschickten Schriftensendungen in einigem Zusammenhange steht, scheint dem Unterzeichneten durch die Vorfindung des Buches ‚Die Freiheit‘ wohl schon genügend bewiesen, da dasselbe offenbar derselben Quelle entstammt, als die letzte Zimmermannsche Sendung.

Die Sinnesrichtung im Allgemeinen und die direkte Verbindung der russischen Vereinigungen mit der deutschen Sozialdemokratie gehen aber nicht allein aus den vorgefundenen Schriften, sondern schon aus der Ausstattung des Vereinszimmers hervor, in dem außer einer Photographie ausgewiesener Studenten, auch ein großes Brustbild von Karl Marx aufgehängt ist. wenigstens hat der Unterzeichnete das Bild dafür gehalten.

Jedenfalls wird man nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß Zimmermann die fraglichen Schriften zum Vertrieb an hiesige und in anderen Städten aufhältliche Russen angeschafft hat. Wenn nun auch der Unterzeichnete bei der gegenwärtigen Sachlage noch nicht ersehen konnte, inwieweit das Tun und Treiben dieser Ausländer nach deutschen Gesetzen etwa strafbar sein kann, so hielt sich derselbe zu dem beschriebenen Vorgehen doch schon im Hinblick auf die Vorgänge der Akten Abth. X Sekt. XVII. No. 49, die Beteiligung ausländischer Studierender an der Königlichen Bergakademie zu Freiberg pp an sozialdemokratischen Umtrieben betr. für verpflichtet. Hier wird auf Blatt 80 von der Direktion der Königlichen Bergakademie die Polizeibehörde gebeten, die bereits mit Wegweisung bedrohten Ausländer scharf zu beobachten und Ungehörigkeit der gedachten Art zur Anzeige zu bringen.

Was aber damals von den namhaft gemachten Personen galt, muß sich heute naturgemäß auf die ganze Vereinigung der slavischen Studenten beziehen, da hier die sozialdemokratischen Umtriebe, wenn nicht noch Schlimmeres, in Gemeinschaft und im Einzelnen getrieben werden.

Die vorläufige Beschlagnahme der Zimmermannschen Schriftensendung glaubt der Unterzeichnete nach Lage der Sache ebenfalls ohne weiteres rechtfertigen zu können.

(gez.) Karl Fändrich
Cr. Wachtmeister

Beschluß der Stadtpolizei-Behörde zu Freiberg vom 18. Dezember 1901 zu Nr. 4238/Xa.

1. Originalanzeige a/Staatsanwaltschaft mit dem Ersuchen um Mitteilung vom Sachausgang.
2. Abschrift a/Direktion der Bergakademie und an die Russische Gesandtschaft in Dresden.“⁶¹

Bevor wir uns jedoch näher mit dem beschlagnahmten Material und seiner Herkunft beschäftigen, ist ein kurzer Hinweis auf die Entwicklung der russischen Sozialdemokratie, vor allem der Auslandsgruppen, notwendig.

Auf dem I. Parteitag der SDAPR in Minsk wurde die russische sozialdemokratische Partei zwar formal gegründet, jedoch hatte diese Gründung keinen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Rußland.

Durch Beschluß des Parteitages war der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten“ als ein Bestandteil der SDAPR und ihr offizieller Vertreter im Ausland anerkannt worden. Diese Organisation bestand in Genf schon seit 1894. Wesentlichen Anteil an der Entwicklung des Auslandsbundes hatte die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ unter der Führung PLECHANOWS, die ein Bestandteil des Auslandsbundes war. Ende der 90er Jahre gewann im Auslandsbund eine opportunistische Richtung, die sogenannten „Jungen“, erheblichen Einfluß. Es handelt sich hierbei um Ökonomen. Die Gegensätze zwischen den „Jungen“ und der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ spitzten sich zu und führten schließlich im April 1900 zur Abspaltung der PLECHANOWSchen Gruppe vom Auslandsbund, der fortan in seinem Organ „Rabotscheje Djelo“ ökonomistische Ansichten vertrat. Die Gruppe um PLECHANOW, AXELROD, SASSULITSCH u. a. gründete im Mai 1900 die russische revolutionäre Organisation „Sozialdemokrat“.

Mitte des Jahres 1900 ging LENIN ins Ausland und traf in der Schweiz und in Deutschland die Vorbereitungen für die Herausgabe der „Iskra“.

LENIN schrieb, die Notwendigkeit und die Rolle der „Iskra“ charakterisierend:

⁶¹ Ebenda, Bl. 110—113.

„In der Tat, die letzten Jahre sind durch eine erstaunlich rasche Verbreitung der Ideen des Sozialdemokratismus in unserer Intelligenz gekennzeichnet, und dieser Strömung des gesellschaftlichen Denkens kommt die völlig selbständige, spontane Bewegung des Industrieproletariats entgegen, das sich zu vereinigen und gegen seine Unterdrücker zu kämpfen beginnt und dabei ein leidenschaftliches Streben zum Sozialismus offenbart. Überall entstehen Zirkel von Arbeitern und sozialdemokratischen Intellektuellen, es erscheinen lokale, der Agitation dienende Flugblätter, die Nachfrage nach sozialdemokratischen Schriften wächst, das Angebot bei weitem überholend – und auch die verstärkten Repressalien der Regierung sind nicht imstande, die Bewegung aufzuhalten.“⁶²

Und weiter:

„Die bisher bei uns fast ausschließlich herrschende Agitationsform, nämlich die Agitation durch lokale Flugblätter, genügt nicht mehr: sie ist zu eng, denn sie berührt nur lokale und in erster Linie wirtschaftliche Fragen. Es muß der Versuch gemacht werden, eine höhere Form der Agitation zu schaffen – durch die Zeitung, die die Beschwerden der Arbeiter, die Arbeiterstreiks, die anderen Formen des proletarischen Kampfes und alle Erscheinungsformen der politischen Unterdrückung in ganz Rußland periodisch registriert und aus jeder dieser Tatsachen vom Standpunkt der Endziele des Sozialismus und der politischen Aufgaben des russischen Proletariats bestimmte Schlüsse zieht.“⁶³

Eine solche Zeitung, die als kollektiver Organisator, Agitator und Propagandist wirken sollte, konnte nur im Ausland herausgegeben werden.

In diesem Zusammenhang kam eine engere Verbindung zwischen LENIN und der PLECHANOWSchen Organisation zustande, obwohl Meinungsverschiedenheiten zwischen LENIN und PLECHANOW über die Redaktion der „Iskra“ bestanden. Es wurde beschlossen, eine Vereinigungskonferenz aller sozialdemokratischen Emigrantorganisationen nach Zürich einzuberufen, an der sich außer den schon genannten Organisationen auch die Vertreter der „Borba“ und des jüdischen „Bund“ beteiligen sollten. Die Gruppe „Borba“ war eine opportunistische Gruppe, die sich zur Sozialdemokratie gehörig betrachtete. Der „Bund“ oder, wie sein offizieller Name lautete, „Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland“ wurde 1897 gegründet. Seine Mitglieder waren vor allem jüdische Werk-tätige und Handwerker aus den westlichen Teilen Rußlands. Er gehörte formell der SDAPR an, trat aber auf dem II. Parteitag 1903 aus der sozialdemokratischen Partei aus, weil der Parteitag die nationalistische Forderung

⁶² W. I. Lenin: Entwurf einer Ankündigung der Redaktion der „Iskra“ und der „Sarja“ (Lenin, Werke Bd. 4, S. 316).

⁶³ Ebenda, S. 322 f.

des „Bund“ abgelehnt hatte, ihn als einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats anzuerkennen. Er wurde dann 1906 auf dem IV. Parteitag in Stockholm, auf dem die Menschewiki die Mehrheit hatten, neben anderen nationalen sozialdemokratischen Organisationen wieder in die Partei aufgenommen.

Die Vereinigungskonferenz der Auslandsorganisationen, die am 4. und 5. Oktober 1901 in Zürich stattfand, endete mit dem völligen Bruch zwischen der „Iskra“-Gruppe und den Opportunisten. Der „Bund“, die Gruppe „Borba“ und der Auslandsbund blieben als selbständige Organisationen bestehen.

Die marxistischen Kräfte vereinigten sich zur „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie“. In dieser Auslandsliga war auch die „Iskra“-„Sarja“-Gruppe LENINS vertreten. Die Auslandsliga gab neben ihren Zeitungen und Zeitschriften (uns interessieren dabei vor allem die „Iskra“ und „Sarja“) auch Bulletins heraus. Von 1903 an hatten in der Auslandsliga die Menschewiki die Oberhand.

Daneben gab es noch eine Reihe bürgerlicher Revolutionäre wie STRUVE u. a., darunter auch L. NADJESHDIN, von dem LENIN sagte, daß er sich zwar seit gestern Sozialdemokrat nennen würde, von den Zielen der Sozialdemokratie aber nicht viel verstanden habe.⁶⁴ NADJESHDIN versuchte, das Programm der Sozialdemokratie mit der Propagierung des Terrors und der Anarchie in Einklang zu bringen.

Aber selbst diese bürgerlichen Demokraten erstrebten – wenn auch nur geringfügige – Änderungen der politischen Herrschaft des Zarismus (konstitutionelle Einschränkung der absoluten Monarchie). Sogar das ging der Reaktion in Rußland zu weit, und sie ahndete das Auftreten und das Wirken dieser bürgerlichen Demokraten mit Gefängnis, Zuchthaus und Verbannung.

Die Herkunft des beschlagnahmten Materials ist sehr unterschiedlich, so daß aus ihm keine direkten Schlußfolgerungen auf die politische Haltung der Mitglieder der Vereinigung „Slawischer Studentenverein“ gezogen werden können. Einige der Schriften – z. B. TARASOFF: „Bote der russischen Revolution“; und ERWIN BAUER: „Russische Studenten“ – konnten nicht identifiziert werden. Die „Freiheit“, Journal für Arbeiter, wurde von dem schon genannten NADJESHDIN (I. O. SELENSKI 1877–1905) redigiert und herausgegeben. Aus der Haltung NADJESHDINS, der nach dem II. Parteitag der SDAPR den Menschewiki angehörte, läßt sich unschwer die politische Haltung und Tendenz der Zeitschrift ablesen. Die Beschlagnahme auch einiger Exemplare der revisionistischen Zeitschrift „Sozialistische Monatshefte“ weist auf die großen Unterschiede in der politischen Orientierung der Studenten hin. Der Hauptteil des Materials stammt aber von der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie. Unter

⁶⁴ Vgl. W. I. Lenin: Was tun? (W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1953, S. 320.)

den Materialien, die von der Auslandsliga herausgegeben wurden, befand sich auch die „Iskra“, die hier in Freiberg zumindest in Ankündigungen gefunden wurde. Leider waren uns die ersten Nummern der „Iskra“ im Original nicht zugänglich, so daß wir uns hier auf die Artikel beschränken müssen, die von LENIN für die „Iskra“ geschrieben wurden, wie z. B. der unter 8. aufgeführte Artikel „Arbeiterpartei und Bauernstand“, der in der Nr. 3 der „Iskra“ (April 1901) veröffentlicht wurde. Wahrscheinlich war auch die Nr. 1 der „Iskra“ unter den beschlagnahmten Schriften, denn die ersten beiden Artikel (ebenfalls unter 8. aufgeführt) — „Die gegenwärtigen Aufgaben unserer Bewegung“ und „Wilhelm Liebknecht“ — stammen aus dieser Nummer.

Hierbei ist jedoch zweierlei zu bemerken:

Die exakte Übersetzung des LENINSCHEN Leitartikels für die erste Nummer der „Iskra“ lautet:

„Die d r i n g e n d s t e n Aufgaben unserer Bewegung“; auf der gleichen Seite befindet sich ein Artikel ü b e r WILHELM LIEBKNECHT, der im August 1900 gestorben war. Im Protokoll wurde aber angegeben, daß der Artikel „Die gegenwärtigen Aufgaben unserer Bewegung“ v o n WILHELM LIEBKNECHT stammt. Wahrscheinlich ist das „von“ irrtümlich in das Protokoll gelangt.

Es ist stark anzunehmen, daß auch die anderen unter 8. aufgeführten Schriften aus den ersten Nummern der „Iskra“ stammten. Der Umstand, daß ähnliche Bücher und Schriften (z. B. NADJESHINS „Freiheit“) auch bei dem Genossen ZIMMERMANN gefunden wurden und von ihm Pakete mit russischen revolutionären Schriften auch weitergesandt wurden, deutet wohl darauf hin, daß es sich hierbei um ein Glied in der Kette des Schmuggels illegaler Schriften nach Rußland handelte. Allerdings ist es schwer festzustellen, welche Rolle die russischen Studenten in Freiberg selbst dabei spielten.

Es ist wohl nicht anzunehmen, daß sie nur auf privatem Wege über den Genossen ZIMMERMANN hin und wieder einzelne Exemplare dieser revolutionären Schriften aus der Schweiz erhielten, die dieser umpackte und weiterversandte. Daraus geht auch hervor, daß auf der anderen Seite dieses Material nicht ausschließlich für die Freiburger Studenten gedacht war. Besonders hinzuweisen ist unseres Erachtens auf die unter 9. aufgeführten „Vereinsmitteilungen aus verschiedenen Städten Rußlands; Ausgabe der Gruppe der Studenten-Revolution in Zürich“. Der Student EDUARD SKUBBIK, der 1898 sein Studium an der Bergakademie aufgeben mußte und aus Sachsen ausgewiesen wurde, studierte nämlich in Zürich weiter und unterhielt auch später noch mit deutschen sozialdemokratischen Genossen Verbindung mit dem Ziel, den Schmuggel der in Rußland verbotenen Schriften nach dort zu betreiben.⁶⁵

⁶⁵ Vgl. Der Geheimbund des Zaren. Der Königsberger Prozeß wegen Geheimbündelei, Hochverrat gegen Rußland und Zarenbeleidigung vom 12. bis 25. Juli 1904. Hrsg. von Kurt Eisner, Berlin 1904, S. 224 f., 257, 484 und 485.



EDUARD SKUBBIK

Hieraus läßt sich schlußfolgern, daß auch direkte Beziehungen zwischen den russischen Studenten in Freiberg und den revolutionären Auslandsgruppen der russischen Sozialdemokratie bestanden haben.

Bevor wir uns zusammenfassend mit der Studentenorganisation beschäftigen, soll noch kurz das Weitere erwähnt werden.

Als Antwort auf die Zusendung der Abschrift des Protokolls erhielt die Polizeibehörde von der russischen Gesandtschaft folgendes Schreiben:

Ministere
des Affaires Etrangères
LEGATION
IMPERIALE DE RUSSIE

a
DRESDE
Le 13/26. Dezember 1901
Nom 1017

Vertraulich

An die
Stadtpolizei-Behörde
zu Freiberg
in Sachsen

Indem ich der Polizei Behörde innigst danke für die mir gemachte Mitteilung vom 20. Dezember l. J. No 4209/xa, über die sozialdemokratischen Umtriebe der Mitglieder des „Slavischen Studentenvereins“ in Freiberg, woraus unzweifelhaft zu ersehen ist, daß die revolutionären Broschüren in russischer Sprache für weitere Beförderung nach Rußland bestimmt sind, habe ich die Ehre mitzuteilen, daß ich den Inhalt des mir in Abschrift mitgeteilten Protokolls vom 17. Dezember l. J. meiner Regierung berichtet habe und nach Empfang einer Antwort nicht verfehlen werden der Stadtpolizeibehörde mitzuteilen, ob die Hauptansteller der ganzen sozialpolitischen Bewegung entfernt werden sollen.

Der Kais. Russ. Gesandte
(gez.) Baron Wrangel ⁶⁶

Aber die Freiburger Behörden waren auch diesmal etwas zu weit gegangen. Sie hatten den vorgeschriebenen Dienstweg nicht eingehalten und wurden daher vom sächsischen Innenministerium wie folgt gemäßregelt:

„Das Ministerium des Innern hat aus einem von der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgerichte vorgelegten Faszikel zu ersehen gehabt, daß eine Abschrift der von dem Kriminalwachtmeister Fändrich über den Slavischen Studentenverein erstatteten Anzeige von dem Stadtrat zu Freiberg unmittelbar an die Kaiserlich-Russische Gesandtschaft zu Dresden abgegeben worden ist. Da jedoch jeder unmittelbare Verkehr hierländischer Unterbehörden mit fremdländischen Gesandtschaften oder Konsulaten unstatthaft ist, erhält der Stadtrat hiermit Anweisung, künftig in Fällen dieser

⁶⁶ Akten des Stadtrats, . . . Bl. 116.

Art zu seiner vorgesetzten Behörde Bericht zu erstatten, wenn es ihm angezeigt erscheint, daß von einem dortigen Vorgange einer fremdländischen Gesandtschaft Kenntnis gegeben werden.

*Ministerium des Innern
(gez.) von Metsch⁶⁷*

Die Staatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts hatte die Aufgabe nachzuweisen, daß sich Genosse ZIMMERMANN eines Vergehens nach deutschen Gesetzen schuldig gemacht habe. Dazu wurden die §§ 102 und 128 des Strafgesetzbuches herangezogen.

Nach § 102 wurde ein Deutscher bestraft, der im Inlande oder Auslande gegen einen nicht zum Deutschen Reich gehörigen Staat oder dessen Landesherrn eine Handlung vornimmt so, als ob er sie gegen einen Bundesstaat oder einen Bundesfürsten begangen hätte — sofern in den anderen Staaten dem Deutschen Reich die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der auswärtigen Regierung ein.

Nach § 128 wurde die Teilnahme an einer Verbindung bestraft, deren Dasein und Zweck vor der Staatsregierung geheimgehalten werden sollte.

Die Anklage gegen den Genossen ZIMMERMANN brach zusammen, da er nur Material erhalten und verbreitet hatte, das zur Zeit in Deutschland nicht verboten war. Wenn nach russischem Gesetz die Verbreitung revolutionärer Bestrebungen einschließlich der sozialdemokratischen Richtung in Rußland verboten und unter Strafe gestellt war, so konnte doch nicht schlüssig nachgewiesen werden, daß die beschlagnahmten, in Deutschland erlaubten Schriften nach Rußland geschmuggelt wurden bzw. daß dies von Genossen ZIMMERMANN oder den Mitgliedern des Slavischen Studentenvereins getan wurde.

Die Staatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts Dresden entschied daher:

„Der Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte Freiberg wird auf den Bericht vom 20. v. M. bei Rückgabe der Akte eröffnet, daß nach Lage der Sache von weiterem Vorgehen abgesehen und der Stadtpolizeibehörde zu Freiberg die weitere Entschließung hinsichtlich der vorläufig beschlagnahmten Schriften überlassen werden darf. Soweit eine Verfehlung gegen § 102 des Str. G. B's. beanzeigt erscheint, ist der Vorgang durch das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zur Kenntnis der Kaiserlich Russischen Botschaft gebracht, von dieser aber ein Antrag nicht gestellt worden. Ein Verstoß gegen § 128 des Str. G. B's. scheint schon nicht genügend beanzeigt.

Unter diesen Umständen wird für die Polizeibehörde nach Befinden nur die Ausweisung der dem Slavischen Studentenverein angehörenden Ausländer in Frage kommen. Wie das Königliche Ministerium des Innern mitgeteilt hat, ist die Ausweisung bereits im Werke. Da-

⁶⁷ Ebenda, Bl. 119.

*mit sieht auch das bezeichnete Ministerium die ganze Angelegenheit als erledigt an.“*⁶⁸

Am 13. März 1902 erhielten schließlich der Genosse ZIMMERMANN und der Slavische Studentenverein die Mitteilung, daß die am 16. Dezember 1901 verfügte Beschlagnahme aufgehoben worden sei.⁶⁹

Die Meldung von der Ausweisung der Mitglieder des Slavischen Studentenvereins stellte sich aber als unrichtig heraus. Für eine Ausweisung durch die Freiburger Polizeiorgane fehlten die Nachweise; gegen anderweitige Ausweisungen spricht die Tatsache, daß nachgewiesen werden kann, daß eine ganze Reihe der Mitglieder des Slavischen Studentenvereins nach einigen Jahren immer noch in Freiberg weilten.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur Organisation der ausländischen, genauer gesagt, der russischen Studenten.

Die Vereinigung „Slavischer Studentenverein“ wurde im Jahre 1900 gegründet. Ihr war laut Statut eine Bibliothek angeschlossen. Aufgabe des Vereins sollte die wissenschaftliche Bildung seiner Mitglieder sein. Zu diesem Zweck war jedes Mitglied verpflichtet, einmal jährlich ein Referat zu halten.⁷⁰ Im Jahre 1903 wurde der Verein von dem Studenten DAVID LEWITUS geleitet, der schon seit seiner Immatrikulation in Freiberg (1901) Mitglied war.⁷¹ Es handelte sich bei der Organisation wahrscheinlich um eine Vereinigung fortschrittlicher russischer Studenten, die auch mit den örtlichen Stellen der deutschen Sozialdemokratie zusammenarbeiteten, obwohl laut Statut des Slavischen Studentenvereins politische Zwecke ausdrücklich ausgeschlossen waren.⁷² Eine genaue politische Analyse der Studentenorganisation ist auf Grund des spärlichen Materials nicht möglich. Auch das zitierte beschlagnahmte Material läßt keine Rückschlüsse zu. Wahrscheinlich ist aber, daß es keine einheitliche politische Konzeption unter den Mitgliedern des Slavischen Studentenvereins gab. In den folgenden Jahren trat an die Stelle des Slavischen Studentenvereins die „Russische Lesehalle“. Offensichtlich handelt es sich hierbei um die direkte Nachfolgeorganisation des Slavischen Studentenvereins, denn unter den führenden Mitgliedern der „Lesehalle“ war auch LEWITUS, der noch kurz zuvor Vorstand des Slavischen Studentenvereins war.⁷³ Nach der Gründung der „Lesehalle“ im Dezember 1903 wird auch der Slavische Studentenverein nicht mehr genannt. Solche „Lesehallen“ oder andere, im Charakter ähnliche Studentenorganisationen gab es auch in späteren Jahren in vielen anderen deutschen Hochschulstädten, wenn auch ihre politische Aktivität oft größer war als die der Freiburger Lesehalle.

⁶⁸ Ebenda, Bl. 122.

⁶⁹ Vgl. ebenda, Bl. 125.

⁷⁰ Vgl. Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte: Statuten der russischen Lesehalle, Bl. 5 bis 11.

⁷¹ Akten des Stadtrats, . . . ebenda, Bl. 115.

⁷² Vgl. Archiv der Bergakademie Freiberg, ebenda, Bl. 7.

⁷³ Vgl. ebenda, Bl. 16–20.

III

Mit diesen Ereignissen sind aber die Verfolgungen und Bespitzelungen russischer Studenten der Freiburger Bergakademie nicht beendet.

Der Königsberger Prozeß (1904) berührte noch einmal die Ereignisse in Freiberg. Dort standen deutsche Sozialdemokraten vor Gericht, die wegen Schmuggels revolutionärer Schriften nach Rußland angeklagt waren. Königsberg war schon seit Jahren Hauptumschlagsplatz für illegale Zeitungen, Zeitschriften und Flugblätter, die von Deutschland und der Schweiz nach Rußland geschmuggelt wurden. Von Königsberg aus bestanden Verbindungen zu den deutschen Genossen, die direkt an der Grenze wohnten.⁷⁵ Russische und deutsche Polizeiorgane arbeiteten bei der Bekämpfung der revolutionären Bestrebungen eng zusammen und versuchten, den Schmuggel zu unterbinden. Bereits 1892 fand gegen Schmuggler illegaler Literatur in Tilsit ein Prozeß statt. Seit 1901 nahm der Schmuggel einen besonderen Aufschwung,⁷⁶ was sich aus dem Aufschwung der revolutionären Bewegung in Rußland sehr leicht erklären läßt.

Die Unterstützung, die das russische Proletariat beim Kampf um die Befreiung vom Joch des Zarismus durch die deutsche Arbeiterklasse und ihre Partei erfuhr, reiht sich rühmlich in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein. Standhaft und unerschrocken kämpften die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre gemeinsam mit ihren Klassenbrüdern jenseits der Grenze in internationaler Verbundenheit gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus in allen seinen Erscheinungsformen.

Der Königsberger Prozeß legt ein beredtes Zeugnis ab für diesen gemeinsamen Kampf und die Solidarität der deutschen Arbeiterklasse.

Für uns ist dieser Prozeß insofern interessant, als der 1898 ausgewiesene Freiburger Student EDUARD SKUBBIK als Verbindungsmann zwischen den russischen Emigranten und den deutschen Genossen genannt wurde. Der Königsberger Staatsanwalt SCHÜTZE wandte sich daher an die Freiburger Polizeibehörden mit der Bitte, belastendes Material gegen SKUBBIK zu liefern. Das von der Polizeibehörde nach Königsberg gesandte Aktenmaterial

⁷⁴ Vgl. Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2/II. Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905—1907 auf Deutschland. Hrsg. von Prof. Dr. Leo Stern, S. XLV—LIII.

⁷⁵ Vgl. Berschadskaja, O. L.: Aus der Geschichte der revolutionären Zusammenarbeit des russischen und des deutschen Proletariats. Der Königsberger Prozeß von 1904 (Woprossy Istorii Heft 9/1955. Deutsch in: Presse der Sowjetunion 129/1955, S. 2824).

⁷⁶ Vgl. Geheimbund des Zaren . . . , S. 405.

durfte aber der Verteidigung, der u. a. auch ein solch aufrechter Revolutionär wie KARL LIEBKNECHT angehörte, nicht zu Gesicht kommen. SCHÜTZ wandte sich deshalb abermals an die Freiburger Polizeibehörde:

„Auf meine Anfrage wegen eines Eduard Skubbik, der in Freiberg die Bergakademie besucht haben und von dort verwiesen sein sollte, hat der Stadtrat mir sehr gefällig das anliegende Aktenstück Abt. X Sect. XVII No. 49 übersandt, aus welchem sich ergibt, daß Skubbik wegen sozialdemokratischer Umtriebe von der Bergakademie relegiert und als lästiger Ausländer aus Sachsen ausgewiesen worden ist. Ich habe die Mitteilung der Akten als vertraulich erachtet und von denselben zu den Gerichtsakten in der hier schwebenden Untersuchung (betreffend organisierten Schmuggel revolutionärer Schriften nach Rußland) nichts gelangen lassen. Es wäre mir jedoch sehr erwünscht, diejenigen Tatsachen, welche sich aus den Akten bezüglich des Skubbik ergeben, zur Herstellung der Anklageschrift oder doch in der Hauptverhandlung verwenden zu können, ohne namentlich den Verteidigern der Angeklagten, welche sämtlich Sozialdemokraten sind, Einblick in den übrigen Teil der Akten zu gestatten.

Den Stadtrat bitte ich daher ergebenst, entweder mir nur die auf Skubbik bezüglichen Teile der Akten zu übersenden, oder die Tatsachen, die sich über seine Relegation und Ausweisung aus den Akten ergeben, mir in Form einer amtlichen Auskunft mitzuteilen.

Ich darf um gefällige Beschleunigung bitten, da Haftsache vorliegt und die Anklageschrift fertiggestellt werden soll.

Schütze“⁷⁷

Dieser Bitte kamen die Freiburger Behörden gern nach und schickten ein umfangreiches Schriftstück mit all den bekannten Einzelheiten nach Königsberg.⁷⁸

SKUBBIK scheint nach seiner Ausweisung aus Freiberg in die Schweiz gegangen zu sein. Dort kam er offenbar mit anderen revolutionären Gruppen in Verbindung und begann von hier aus, seine Verbindungen zu deutschen Genossen ausnutzend, den Schmuggel revolutionärer Schriften nach Rußland zu unterstützen. Zu diesem Zweck war er wohl sogar in Rußland, auf jeden Fall aber im Herbst 1902 in Memel, wo er mit den deutschen Genossen KLEIN und TREPTAU über Fragen der Organisation des Schmuggels beriet.⁷⁹ SKUBBIK stand auch später noch in brieflicher Verbindung mit den Genossen in Memel. Besonders eng waren seine Beziehungen zum Genossen CHRISTIAN KAUTZSCH aus Oberhohndorf bei Zwickau, den er schon seit seiner Studienzeit in Freiberg (Praktikum auf dem Wilhelm-

⁷⁷ Akten des Stadtrats, . . . Bl. 126 f.

⁷⁸ Vgl. ebenda, Bl. 128, und Geheimbund des Zaren . . . , S. 95/96.

⁷⁹ Vgl. Geheimbund des Zaren . . . , S. 224.

Schacht bei Zwickau) kannte. Hier lernte SKUBBIK offenbar direkt deutsche Arbeiter, die in der sozialdemokratischen Partei organisiert waren, kennen.

Aus den Prozeßakten lassen sich auch gewisse Rückschlüsse auf die politische Stellung SKUBBIKS ziehen. Der bekannte Opportunist QUESSEL, der im Königsberger Prozeß als Zeuge geladen war, erklärte, über die politischen Ansichten SKUBBIKS befragt, daß SKUBBIK der Partei PLECHANOWS und AXELRODS angehöre.⁸⁰

Diese Aussage deutet auf die menschwistische Einstellung SKUBBIKS hin. Damit ließe sich auch in Einklang bringen, daß SKUBBIK in der Schweiz als ein ruhiger und besonnener Genosse bezeichnet wurde.⁸¹

Noch ein anderes Zeugnis für die enge Zusammenarbeit zwischen den Freiburger und den preußischen Polizeibehörden sei angeführt.

In den Jahren nach der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland (1905) nahmen in den größeren Städten Deutschlands immer häufiger auch Ausländer an den Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen der deutschen Sozialdemokratie teil. Gleichzeitig bestand besonders in Preußen ein gut organisierter Apparat zur Bespitzelung von Ausländern, besonders aber von Russen. Jeder russische Student, der sich verdächtig machte, mit der deutschen Arbeiterbewegung zu sympathisieren, unterlag der Bespitzelung und wurde registriert. So erhielten auch die Freiburger Behörden am 30. Juli 1907 vom Preußischen Polizeipräsidenten auf Anfrage vom 12. Juli Bescheid, daß der im Verzeichnis der Studierenden der Bergakademie angeführte SIMON BELETZKY mit dem am 23. Januar 1885 zu Kotelwa geborenen Russen gleichen Namens identisch sein dürfte, der durch Verfügung vom 16. April 1906 aus dem Gebiet des preußischen Staates ausgewiesen worden ist, weil er sich am 18. März 1906 an einer sozialdemokratischen Protestversammlung im Berliner Friedrichshain beteiligt hatte.⁸² Die Freiburger Polizei nahm sich der „Sache“ BELETZKY sofort an, mußte aber bald feststellen,

„daß Beletzky seit dem 15. 6. 07 Freiberg verlassen hat und angeblich nach Frankreich abgereist ist. Er ist aber nach wie vor bei der hiesigen Bergakademie inskribiert und dürfte demnächst nach hier zurückkehren. Es sind daher Vorkehrungen getroffen, daß seine Rückkehr nach hier alsbald bekannt werde und die angeordnete Beobachtung eintreten kann. Erforderlichenfalls wird Anzeige erstattet werden.“⁸³

Ob BELETZKY noch einmal nach Freiberg zurückkehrte und die Überwachung einsetzte, läßt sich aus den Akten nicht ersehen. Auf jeden Fall ist die Methode interessant und zugleich aufschlußreich.

⁸⁰ Vgl. ebenda, S. 257.

⁸¹ Vgl. ebenda, S. 484.

⁸² Vgl. Akten des Stadtrats, . . . Bl. 132.

⁸³ Ebenda, Bl. 133.

Im gleichen Jahre wurden wiederum Untersuchungen angestellt, inwieweit sich abermals russische Studenten an Versammlungen und Kundgebungen der Sozialdemokratie anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahl beteiligt hatten. Die umfangreichen Verhöre und Vernehmungen zeitigten allerdings keine Ergebnisse.⁸⁴

Über die Verfolgung Freiburger Studenten wegen Beteiligung an sozialdemokratischen Versammlungen sind uns aus den folgenden Jahren keine weiteren Einzelheiten bekannt. Daß aber die Überwachungen und Bespitzelungen fortgesetzt wurden, zeigt ein Polizeibericht über den Dresdner Prozeß im Jahre 1909. In Dresden waren ebenfalls russische Studenten wegen „Geheimbündelei“ angeklagt.⁸⁵ Da die Freiburger Polizeibehörde vermutete, daß auch Verbindungen zu Freiburger Studenten bestanden, bat sie, an der Hauptverhandlung teilnehmen zu können. Die Behörde entsandte zu diesem Prozeß einen Kriminalbeamten. Wie aus dem Bericht hervorgeht, bestanden keinerlei Verbindungen zu den Freiburger Studenten. Es waren nicht einmal unter den Zuhörern russische Studenten aus Freiberg erkannt worden. Trotzdem entschied die Stadtpolizeibehörde, das Tun und Handeln der russischen Studenten besonders überwachen zu lassen.⁸⁶

⁸⁴ Vgl. Ratsarchiv der Stadt Freiberg, Akte Wahlen für Volksvertretungen 1907 — Abth. X, Sect. XVII, No. 30, Bl. 2—8.

⁸⁵ Vgl. Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2/1 — Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905—1907 auf Deutschland. Hrsg. von Prof. Dr. Leo Stern, Berlin 1954, S. 253 ff.

⁸⁶ Vgl. Ratsarchiv der Stadt Freiberg; Akte: Verhalten gegen Studierende, Abth. X, Sect. XVII, No. 70, Anlage.

ZUSAMMENFASSUNG

Um die Jahrhundertwende stand das zaristische Rußland am Vorabend einer bürgerlich-demokratischen Revolution. Die Arbeiterbewegung nahm einen mächtigen Aufschwung. Weite Kreise der Bevölkerung, Arbeiter und Bauern, große Teile der Bourgeoisie, ja sogar Teile des niederen Adels forderten die Veränderung der russischen Verhältnisse. Der Zarismus antwortete mit Terror, Verfolgungen, Verbannungen und Hinrichtungen. Viele fortschrittliche Kräfte gingen ins Ausland und sammelten sich vor allem in der Schweiz und in Deutschland. Die politische Aufgeschlossenheit und das große Interesse am politischen Geschehen breiter Kreise der jungen russischen Intelligenz führten zur Fühlungnahme mit der deutschen Sozialdemokratie. Viele dieser russischen Studenten und Emigranten sahen gerade in der deutschen Sozialdemokratie ein Vorbild; denn diese Partei hatte zum damaligen Zeitpunkt zwölf harte Jahre der Verfolgung durch die BISMARCKSche Polizei mit Erfolg überstanden. Waren der preußisch-deutsche Militarismus und der Zarismus engstens miteinander verwandt, ähnlich in ihren Unterdrückungsmethoden und jederzeit bereit, einander beizustehen bei der Verfolgung aller fortschrittlichen Kräfte, so bahnte sich jetzt eine engere Verbindung auch zwischen den fortschrittlichen Kräften dieser beiden Länder an.

So kam es, daß Verbindungen nicht nur zwischen den Sozialdemokraten aufgenommen wurden, sondern sich auch viele andere ausländische revolutionäre Kreise in Deutschland mit der Sozialdemokratie in Verbindung setzten. Diese Verbindungen bestanden in den vielfältigsten Formen und lagen auf verschiedensten Ebenen. So wird auch verständlich, daß zwischen fortschrittlichen Studenten und den örtlichen sozialdemokratischen Vereinen, wie beispielsweise in Freiberg, engere Beziehungen gepflegt wurden.

Die fortschrittlichen Kräfte in Rußland waren sich aber in vielen Fällen zu jener Zeit selbst noch nicht über das Ziel, den Weg und die Methoden des Kampfes gegen die zaristische Reaktion im klaren. Das zeigte sich besonders deutlich in den Kreisen der Intellektuellen und in Freiberg in der Haltung der russischen Studenten. Sie nahmen an Versammlungen der Freiburger Sozialdemokraten teil, lasen revolutionäre Schriften, die sie teils von Freiburger Genossen, teils aus dem Ausland von Gruppen der russischen Emigranten erhielten.

Von Schriften des bürgerlichen Demokraten NADJESHDIN, des Opportunisten LASSALLE und der revisionistischen Zeitschrift „Sozialistische

Monatshefte“ über Aufsätze und Bücher von BEBEL, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie „Vorwärts“ bis zur konsequent revolutionären LENINSchen „Iskra“ wurden Schriften verschiedensten Charakters gelesen. Organisierter waren diese Zusammenkünfte ab 1900 in den Vereinen „Slavischer Studentenverein“ und „Russische Lesehalle“. Obwohl es sich in beiden Fällen nicht um ausgesprochen sozialdemokratische Organisationen handelte – eine politische Betätigung der Studenten war sogar laut Statut der Bergakademie ausgeschlossen –, muß doch hervorgehoben werden, daß in diesen Vereinen (beim Verein „Fortschritt“ wohl am deutlichsten) die Führung und die Orientierung sozialdemokratisch waren. Da eine offene sozialdemokratische Organisation der Studenten unter den herrschenden Bedingungen nicht möglich war, griffen die fortschrittlichen Studenten zu dieser Form des organisatorischen Zusammenschlusses. Damit ist nicht gesagt, daß alle Mitglieder des Vereins bzw. der Vereine Sozialdemokraten waren; nach sorgfältigem Studium des uns zur Verfügung stehenden Materials dürfen wir aber als sicher annehmen, daß die Führung in den Händen sozialdemokratisch eingestellter Studenten lag, die in diesen Vereinen ein Instrument sahen, die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus unter den Studenten zu verbreiten. Die Reaktion in Deutschland hatte zwar durch den Fall des Sozialistengesetzes eine Niederlage erlitten, aber die Versuche, die Sozialdemokratie auszuschalten und zu vernichten, wurden fortgesetzt. Alle Handlungen sozialdemokratischer Genossen wurden überwacht, und jeder, der mit ihnen in Verbindung stand, mußte damit rechnen, auf die gleiche Weise verfolgt und bespitzelt zu werden. Die Freiburger Behörden machten hierbei keine Ausnahme. Im Gegenteil, sie gingen in einzelnen Fällen oft weiter als andere sächsische oder preußische Polizeibehörden.

Die Freiburger Behörden waren besonders darauf bedacht, keinerlei Verbindungen zwischen der Studentenschaft und den Freiburger Sozialdemokraten zuzulassen. In dieser Hinsicht arbeiteten Polizeibehörde, Direktion und Senat der Bergakademie und reaktionäre Studentenorganisationen sehr eng zusammen. So wurden dann auch fortschrittliche Studenten, die an sozialdemokratischen Versammlungen teilgenommen und für die Sozialdemokratie Sympathie bekundet hatten, von der Bergakademie verwiesen, worauf sofort die polizeiliche Ausweisung aus Sachsen erfolgte.

Bei der Verfolgung dieser fortschrittlichen Studenten unterhielten die Freiburger Polizeibehörden enge Beziehungen zur Dresdener Kreishauptmannschaft und darüber hinaus auch zum Berliner Polizeipräsidenten. Sie traten sogar in direkte Verbindung zum russischen Gesandten in Dresden, um die strafrechtliche Verfolgung deutscher und russischer Staatsangehöriger zu erreichen. In einzelnen Fällen gingen die Polizeibehörden aber so weit, daß sie für ihre Forderungen bei den übergeordneten Dienststellen kein Verständnis fanden. So wurde beispielsweise der beantragten Aus-

weisung der Studenten aus dem gesamten Reichsgebiet und der Kennzeichnung einiger ausgewiesener Studenten als Anarchisten, ohne irgendwelche Beweise dafür zu besitzen, nicht zugestimmt. Schließlich verwahrte man sich gegen die Aufnahme direkter Beziehungen zur russischen Gesandtschaft in Dresden. Im allgemeinen aber muß gesagt werden, daß die reaktionären Maßnahmen von der Kreishauptmannschaft und der sächsischen Regierung geduldet, unterstützt und gefördert wurden. Das beweisen unter anderem auch die Verhandlungen im Sächsischen Landtag aus dem Jahre 1894.

Das Auftreten dieser fortschrittlichen russischen Studenten und ihre Verbindung zum fortgeschrittensten Teil der deutschen Arbeiterklasse gehört zu den besten Traditionen der Freiburger Arbeiterbewegung und nicht zuletzt der Bergakademie Freiberg.

L I T E R A T U R

- Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Band 2, 2. Halbband, Berlin 1954.
 Lenin, W. I.: Was tun? (Ausgewählte Werke in 2 Bänden, Band I, Berlin 1953.)
 Lenin, W. I.: Entwurf einer Ankündigung der Redaktion der „Iskra“ und der „Sarja“.
 (Lenin, W. I., Werke Bd. 4, Berlin 1958.)
 Lenin, W. I.: Sozialismus und Krieg, Berlin 1952.

Ratsarchiv der Stadt Freiberg:

- Akten der Stadtpolizeibehörde zu Freiberg
- Anarchisten. Bestimmungen
- Abth. X Sect. VI No. 42
- Akten des Stadtrats zu Freiberg
- Akte: Wahlen für Volksvertretungen 1907
- Abth. X Sect. XVII No. 30
- Akte: Sozialdemokratie
- Abth. X Sect. XVII No. 32 II
- Akte: Sozialdemokratische Maifeiern
- Abth. X Sect. XVII No. 35
- Akte: Beteiligung ausländischer Studierender an der Kgl. Bergakademie zu Freiberg
 an sozialdemokratischen Umtrieben
- Abth. X Sect. XVII No. 49
- Akte: Verhalten gegen Studierende
- Abth. X Sect. XVII No. 70
- Akte: Überwachung Vereinsleben
- Abth. X Sect. IX No. 2

Archiv der Bergakademie Freiberg:

- Akte: Statuten der russischen Lesehalle
- Freiberger Anzeiger und Tageblatt

- vom 26. Febr. 1890
- 16. Juni 1893
- 17. Juni 1893
- 21. Juni 1893
- 28. Juni 1893
- 29. Juni 1893
- 21. Juni 1898
- 30. Juni 1898
- 21. Juni 1903
- 1. Juli 1903

- Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2/I und 2/II.
 Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905—1907 auf Deutschland.
 Hrsg. von Prof. Dr. Leo Stern (Berlin 1954 und 1956).

- Der Geheimbund des Zaren. Der Königsberger Prozeß wegen Geheimbündelei, Hochverrat
 gegen Rußland und Zarenbeleidigung vom 12. bis 25. Juli 1904.
 Hrsg. von Kurt Elsner (Berlin 1904).

- Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Königreiche Sachsen auf das Jahr 1893; Frei-
 berg/Sa. o. J.

- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt 1919
 (Berlin 1919).

- Mitteilungen über die Verhandlungen des ordentlichen Landtages im Königreiche Sachsen
 während der Jahre 1893—1894, Zweite Kammer, Nr. 1—66 (Dresden 1894).

- Berschadskaja, O. I.: Aus der Geschichte der revolutionären Zusammenarbeit des russi-
 schen und des deutschen Proletariats. Der Königsberger Prozeß von 1904. Woprossy
 Istorii, Heft 9/1955 (Deutsch: Presse der Sowjetunion 129/1955.)

- Lindau, Rudolf: Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1947.

- Lohmeyer, Hans: Die Politik des Zweiten Reiches 1870—1918, 2. Band, Berlin 1939.

- Papperitz, Erwin: Gedenkschrift zum Hundertfünfzigjährigen Jubiläum der Königlich-
 Sächsischen Bergakademie zu Freiberg (Freiberg 1916).

- Umbreit, Paul: 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890—1915 (Berlin 1915).

FREIBERGER FORSCHUNGSHEFTE

Schriftenreihe für alle Gebiete der Montanwissenschaften

D 13

Kultur und Technik

JOHANN KÖHLER

Die Keime des Kapitalismus im sächsischen Silberbergbau (1168-1500)

Format 17 × 24 cm — 132 Seiten — 15 Bilder — broschiert DM 3,50
Halbleinen DM 4,50

Der Verfasser behandelt vom Standpunkt der Politischen Ökonomie die Bedeutung der Silberproduktion in Freiberg, untersucht die Eigentumsverhältnisse und die damit verbundenen Formen der Produktion der Eigenlehner, der genossenschaftlichen Gewerkschaft, der Lehnschaft und der sich entwickelnden kapitalistischen Gewerkschaft. Im Kampf um die Verteilung der Ergebnisse der Produktion wird offensichtlich, daß die Geschichte des Bergbaus eine Geschichte des Klassenkampfes ist. Das Hauptmoment bei der Schaffung der im doppelten Sinne freien Lohnarbeiter auf der einen und der kapitalistischen Gewerkschaften auf der anderen Seite wird im Differenzierungsprozeß gezeigt.

A K A D E M I E - V E R L A G · B E R L I N

FREIBERGER FORSCHUNGSHEFTE

Schriftenreihe für alle Gebiete der Montanwissenschaften

D 29

Kultur und Technik

JOHANN KÖHLER

Die kapitalistische Bergwerksrente - dargestellt am Beispiel des westdeutschen Steinkohlenbergbaus

Format 17 × 24 cm — ca. 150 Seiten — 6 Bilder

Der Verfasser behandelt zunächst in großen Zügen die marxistische Rententheorie und ihre Anwendung auf den westdeutschen Steinkohlenbergbau. Er untersucht dabei die Bergwerksdifferentialrente Ia und b und II mit ihren Unterschieden zur Landwirtschaft sowie die absolute Grundrente. Im zweiten Hauptabschnitt versucht der Verfasser, die Bergwerksdifferentialrente in ihrer Größe zu ermitteln. Es ist aber zu betonen, daß das von den Ruhrkonzernen veröffentlichte Zahlenmaterial sehr gering und häufig faktisch ohne Aussagekraft ist, so daß die in dem Buch errechneten Zahlen nur die Größenordnung angeben können. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß sich die Zechenbesitzer außer dem Profit rd. 1 Md. DM Bergwerksrente in den verschiedensten Formen aneignen.

A K A D E M I E - V E R L A G · B E R L I N